

Andreas Willnow

**Griechenland und die  
Euro-Krise 2010/11**

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen



Andreas Willnow

**Griechenland und die  
Euro-Krise 2010/11**

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2011

[www.sachsen.rosalux.de](http://www.sachsen.rosalux.de)

Copyright/Gestaltung: Andreas Willnow

Alle Rechte vorbehalten.

## **Inhaltsverzeichnis**

Abbildungsverzeichnis	6
Einleitung	7
1. Kritik an der Konstruktion der Europäischen Währungsunion vor der Einführung des Euro	7
2. Ursachen der Griechenland-Krise	10
2.1. Die Auffassung der bürgerlich-liberalen Wissenschaftler – der Standpunkt von Hans-Werner Sinn	10
2.2. Der Standpunkt der links-alternativen Politiker und Ökonomen	14
3. Mögliche Auswege aus der Griechenland-Krise	18
a) Neue Kredite für Griechenland	18
b) Weitere Sparmaßnahmen und Privatisierungen oder ein neuer Marshall-Plan für Griechenland?	18
c) Schuldenschnitt	19
d) Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone	22
e) Einführung von Eurobonds	23
f) Inflation zur Schuldensenkung	25
g) Stärkere Besteuerung von großen Unternehmen und Vermögen	25
h) Stärkere Regulierung und Besteuerung des Finanzsektors	26
4. Beschlüsse der Euro-Länder zu Griechenland auf dem Höhepunkt der Schuldenkrise	29
5. Was ist stattdessen zu tun?	32
Literaturverzeichnis	35

## Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Stand der Erfüllung der Konvergenzkriterien Neuverschuldung und Schuldenstand vor Einführung der Währungsunion 1997**  
(Quelle: EU-Kommission, 1997: Herbstgutachten der EU-Kommission, Brüssel 1997) 8
- Abb. 2: Prognostizierte Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts (in %) gegenüber dem Vorjahr im Szenario „Verschärfte Konsolidierung“ des DIW – Modellrechnung des DIW**  
(Quelle: Horn, Gustav Adolf/Zwiener, Rudolf, 1996: Kurskorrektur auf dem Weg nach Maastricht erforderlich. In: DIW-Wochenbericht, Heft 46/1996, S. 741) 9
- Abb. 3: Entwicklung der Zinssätze für zehnjährige Staatsanleihen**  
(Quelle: Hans-Werner Sinn/Kai Carstensen, 2010: Ein Krisenmechanismus für die Eurozone, ifo-Schnelldienst (Sonderausgabe), herausgegeben vom Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, 63. Jg., Heft 10 vom 23.11.2010, S. 2/Reuters Ecwin, Government Benchmarks, Bid, 10 year, yield, close, 12.11.2010) 11
- Abb. 4: Nettoinvestitionsquoten im internationalen Vergleich 1995–2008**  
(Quelle: Hans-Werner Sinn, 2010: Euro-Krise, ifo-Schnelldienst (Sonderausgabe), herausgegeben vom Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, 63. Jg., Heft 10 vom 20.05.2010, S. 7/OECD, National Accounts of OECD Countries, Volume I main aggregates and Volume II detailed Tables; ifo-Institut) 12
- Abb. 5: Schuldenstand der Euroländer 2010 (in %) am Bruttoinlandsprodukts**  
(Quelle: DGB-Bundesvorstand, 2011: Zur Krise in der Eurozone: Europa neu justieren, Berlin 2011/Europäische Kommission, Herbst 2010) 15

## Einleitung

Seit einigen Monaten steht das Projekt der Europäischen Währungsunion unter Druck, wobei die Schuldenkrise Griechenlands und weiterer Euro-Staaten im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen. So titelte die Wirtschaftswoche bereits im Januar 2010: „*Steigende Schulden, fehlender Reformwille, schwindende Wettbewerbsfähigkeit – die Finanzkrise legt die Schwächen der Währungsunion schonungslos offen. Wie lange hält der Euro das noch aus?*“<sup>1</sup> Dabei verdeckt die Krise in Griechenland, dass es sich hierbei nicht nur um eine Krise einzelner Staaten, sondern des gesamten Euro-Währungsraums handelt. In diesem Text sollen die Ursachen und Hintergründe der Krise in Griechenland, die sich zu einer Krise des gesamten Euroraum ausweiten sollte, untersucht und mögliche Lösungsansätze diskutiert werden.

### 1. Kritik an der Konstruktion der Europäischen Währungsunion vor der Einführung des Euro

Mit der Einführung der Europäischen Währungsunion als eine der wichtigsten Entscheidungen Europas in der Nachkriegszeit waren zunächst viele Hoffnungen verbunden. Sie sollte einen wichtigen Schritt auf dem Wege hin zu einer politischen Union in Europa darstellen und die europäische Einheit und Eintracht stärken.

Einige Kritiker hatten aber bereits vor der Einführung des Euro vor einem Scheitern der Währungsunion gewarnt. Politiker und Wissenschaftler aus dem bürgerlich-liberalen Spektrum befürchteten bereits zum damaligen Zeitpunkt die Folgen unsolider Haushaltspolitik in einigen europäischen Staaten für den gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum.<sup>2</sup> Dies sei bereits bei der Nichteinhaltung der Konvergenzkriterien durch mehrere EU-Mitgliedstaaten deutlich geworden. Die Nichteinhaltung der fiskalischen Kriterien gefährde, so der Tenor, den vertragsgerechten Einstieg in die Währungsunion: „Ein großer Teil der angeblichen Konvergenzkriterien beruhe 'auf Manipulationen' (...) Ein Scheitern der Währungsunion sei damit 'vorherbestimmt'.“<sup>3</sup> Letzteren Kritikern ist entgegenzuhalten, dass mit einer strengen Haushaltspolitik die nicht die notwendigen Konjunkturimpulse gesetzt werden können, um aus einer Wirtschaftskrise herauszukommen. So stellten *Flassbeck/Horn/Dullien* fest: „Ein Land kann sein öffentliches Defizit nur verringern, wenn aus dem privaten Sektor gleichzeitig so starke positive Konjunkturimpulse kommen, dass die Nachfrage nicht insgesamt sinkt.“<sup>4</sup>

---

1 Malte Fischer et al., 2010: Euroland abgebrannt. In: Wirtschaftswoche, Heft 3/2010, S. 18- 23, 19.

2 Ferry Stocker, 1997: Der Euro. Kritischer Dialog. Das Für und Wider. Die Europäische Währungsunion und die Grundbegriffe zur Europäischen Währungsunion, München 1997, S. 92f.

3 o.V., 1997: Währungsunion: Schaden für Deutschland. In: DER SPIEGEL, Heft 42, 1997, S. 34.

4 Heiner Flassbeck/Gustav Horn/Sebastian Dullien, 2011: Europa hat noch eine Chance. In: Financial Times Deutschland, 05.05.2010, S. 24.

	Neuverschuldung										Schuldenstand									
	1993	1994	1995	1996	1997 *	1998 *	1993	1994	1995	1996	1997 *	1998 *	1993	1994	1995	1996	1997 *	1998 *		
Belgien	-7,1	-4,9	-3,9	-3,2	-2,6	-2,3	135,1	133,5	131,2	126,9	124,7	121,3	135,1	133,5	131,2	126,9	124,7	121,3		
Dänemark	-2,7	2,6	-2,4	-0,8	1,3	1,9	82,1	78,4	73,8	71,6	67,0	62,2	82,1	78,4	73,8	71,6	67,0	62,2		
Deutschland <sup>2</sup>	-3,2	2,4	-3,3	-3,4	-3,0	-2,6	48,0	50,2	58,0	60,4	61,8	61,7	48,0	50,2	58,0	60,4	61,8	61,7		
Griechenland	-13,8	10,3	-9,8	7,6	-4,2	3,0	111,6	109,6	111,3	112,6	109,3	106,4	111,6	109,6	111,3	112,6	109,3	106,4		
Großbritannien	-7,9	6,8	-5,5	-4,9	-2,0	-0,6	48,5	50,4	53,8	54,4	52,9	51,5	48,5	50,4	53,8	54,4	52,9	51,5		
Spanien	-6,9	6,3	-7,3	4,7	-2,9	2,4	60,0	62,5	65,3	70,1	68,1	66,5	60,0	62,5	65,3	70,1	68,1	66,5		
Frankreich	-5,8	5,7	-5,0	-4,1	-3,1	-3,0	45,3	48,2	52,5	55,7	57,3	58,2	45,3	48,2	52,5	55,7	57,3	58,2		
Irland	-2,4	1,7	-2,1	0,4	-0,6	-1,2	96,3	89,1	82,2	72,7	65,8	59,2	96,3	89,1	82,2	72,7	65,8	59,2		
Italien <sup>3</sup>	-9,6	9,3	-8,0	-6,8	-3,0	-3,7	119,1	124,9	124,4	123,8	123,2	121,9	119,1	124,9	124,4	123,8	123,2	121,9		
Luxemburg	1,7	2,6	2,0	2,6	1,6	1,0	6,1	5,7	5,9	6,6	6,7	6,9	6,1	5,7	5,9	6,6	6,7	6,9		
Niederlande	-3,2	3,8	-4,0	-2,3	-2,1	-1,9	81,2	77,9	79,1	77,2	73,4	71,5	81,2	77,9	79,1	77,2	73,4	71,5		
Österreich	-4,1	4,8	-5,0	-3,8	-2,8	-2,6	62,7	65,4	69,3	69,5	66,1	65,6	62,7	65,4	69,3	69,5	66,1	65,6		
Portugal	-6,1	6,0	-5,8	-3,2	-2,7	-2,4	63,1	63,8	66,5	65,6	62,5	60,8	63,1	63,8	66,5	65,6	62,5	60,8		
Finnland	-8,0	6,1	-5,0	3,1	-1,4	0,2	58,0	59,6	58,1	58,0	59,0	57,3	58,0	59,6	58,1	58,0	59,0	57,3		
Schweden	-12,3	10,3	-7,1	-3,7	-1,9	0,2	76,0	79,3	78,2	77,8	77,4	75,3	76,0	79,3	78,2	77,8	77,4	75,3		
<b>EU-Durchschnitt</b>	<b>-6,4</b>	<b>5,4</b>	<b>-5,1</b>	<b>-4,3</b>	<b>-2,7</b>	<b>-2,2</b>	<b>66,0</b>	<b>67,9</b>	<b>71,0</b>	<b>73,0</b>	<b>72,4</b>	<b>71,5</b>	<b>66,0</b>	<b>67,9</b>	<b>71,0</b>	<b>73,0</b>	<b>72,4</b>	<b>71,5</b>		
USA	-4,0	2,6	-2,3	-1,4	-0,3	0,3	Angaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts													
Japan	-1,6	2,3	-3,7	-4,4	-3,4	-3,0	Quelle: Herbstgutachten 1997 der EU-Kommission													

\* Prognose

<sup>2</sup> Ohne vereinigungsbedingte Schulden, etwa der Treuhandanstalt

<sup>3</sup> Sollte die Regierung Prodi ihren Sparhaushalt durch das Parlament bringen, ist für 1998 mit einer Neuverschuldung von 2,7 Prozent zu rechnen

Abb. 1: Stand der Erfüllung der Konvergenzkriterien Neuverschuldung und Schuldenstand vor Einführung der Währungsunion 1997

(Quelle: EU-Kommission, 1997: Herbstgutachten der EU-Kommission, Brüssel 1997)



Dagegen wurde der Kurs der verschärften Haushaltskonsolidierung im Vorfeld der Währungsunion von Politikern und Wissenschaftlern aus dem linken Spektrum dahingehend kritisiert, dass dieser zu Wachstumseinbußen führe und die ohnehin angespannte Arbeitsmarktlage verschärfe.<sup>5</sup> Im Konzept des Maastrichter Vertrages und den der Währungsunion zugrunde gelegten Konvergenzkriterien hätten „Stabilität der Beschäftigung, der Einkommen, regionale Entwicklungsgefälle und internationale Ungleichgewichte (...) keine Rolle [gespielt].“<sup>6</sup> Die Europäischen Währungsunion baue auf dem falsch verstandenen Stabilitätskonzept der D-Mark auf. Sie verlangten eine einheitliche europäische Wirtschaftspolitik. Vielmehr sei die Installation eines zusätzlichen politischen Gremiums, einer Wirtschaftsregierung, gefragt, um eine gleichberechtigte Gegeninstitution zur EZB zu schaffen, die für eine bessere „Abstimmung der Wirtschaftspolitik der Währungsunion“<sup>7</sup> sorgen könne.

	1996	1997	1998
USA	2,2	2,2	1,6
Japan	2,1	2,0	2,6
EU 15	1,4	0,2	1,7
Großbritannien	2,1	2,0	0,6
Deutschland	0,6	-0,2	1,8
Frankreich	1,6	1,6	2,6
Italien	1,8	-3,6	1,1
Spanien	2,4	1,2	2,8
Niederlande	1,7	2,0	2,1
Belgien	1,2	1,6	1,6
Schweden	1,7	0,9	0,9
Österreich	0,8	0,0	2,3
G7-Länder	1,8	1,4	1,7

**Abb. 2: Prognostizierte Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts (in %) gegenüber dem Vorjahr im Szenario „Verschärfte Konsolidierung“ des DIW – Modellrechnung des DIW (Quelle: Horn, Gustav Adolf/Zwiener, Rudolf, 1996: Kurskorrektur auf dem Weg nach Maastricht erforderlich. In: DIW-Wochenbericht, Heft 46/1996, S. 741)**

5 Horn, Gustav Adolf/Zwiener, Rudolf, 1996: Kurskorrektur auf dem Weg nach Maastricht erforderlich. In: DIW-Wochenbericht, Heft 46/1996, S. 737- 743, 740.

6 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 1997: Memorandum '97: Beschäftigungspolitik und gerechte Einkommensverteilung gegen Zerstörung, Bremen 1997, S. 231.

7 o.V., 1997: Europa: Es bricht eine neue Zeit an. In: DER SPIEGEL, Heft 43, 1997, S. 192.

## 2. Ursachen der Griechenland-Krise

Auch im Hinblick auf die Ursachen der Krise gehen die Meinungen in Politik und Wissenschaft weit auseinander. Im Folgenden sollen sowohl die Auffassungen der bürgerlich-liberalen als auch der links-alternativen Ökonomen und Politiker zu den Ursachen der Griechenlandkrise untersucht werden.

### 2.1. Die Auffassung der bürgerlich-liberalen Wissenschaftler – der Standpunkt von Hans-Werner Sinn

Eine Gruppe bürgerlich-liberaler Wissenschaftler ist der Auffassung, dass von einer Krise des Euro keine Rede sein kann. Ein wichtiger Vertreter dieser Gruppe ist der Münchner Finanzwissenschaftler *Hans-Werner Sinn*, der die hohe Verschuldung und die mangelnde Budgetdisziplin der südeuropäischen Länder als die Ursachen der Schuldenkrise betrachtet. Die hohe Verschuldung sei auf den kreditfinanzierten Wirtschaftsaufschwung nach der Einführung des Euro zurückzuführen. Griechenland könne seine Schulden nicht zurückzahlen; deshalb müssten entweder die Steuerzahler die Lasten übernehmen, oder die Besitzer der Staatspapiere müssten auf die Rückzahlung ihrer Forderungen verzichten. Andererseits warnt er vor der Übernahme von Bürgschaften oder Hilfspaketen durch Deutschland, da Griechenland nicht mehr zahlungsfähig sei.<sup>8</sup>

Weder gebe es Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Euro im Sinne von unkontrollierten Kursschwankungen noch für eine unerwartet starke Verringerung der Binnenkaufkraft durch Inflation. So habe die Inflationsrate im Euroraum im April 2010 gerade einmal bei 1,5 %, einem der niedrigsten Werte seit der Einführung des Euro, gelegen. Offenbar sei in dieser Krise nicht der Euro gefährdet gewesen, sondern nur die Gläubiger der Anleihen der unsoliden Staaten und die Fähigkeit dieser Länder, sich weiter so günstig an den Kapitalmärkten zu finanzieren wie in den ersten Jahren des Euro. Eine Euro-Krise oder eine Systemkrise, die dem Artikel 122 des EU-Vertrages entsprach, habe es nicht gegeben, nur eine Krise in jenen Ländern, die als Gläubiger hohe Kursverluste oder als Schuldner hohe Zinslasten zu erwarten hatten.<sup>9</sup>

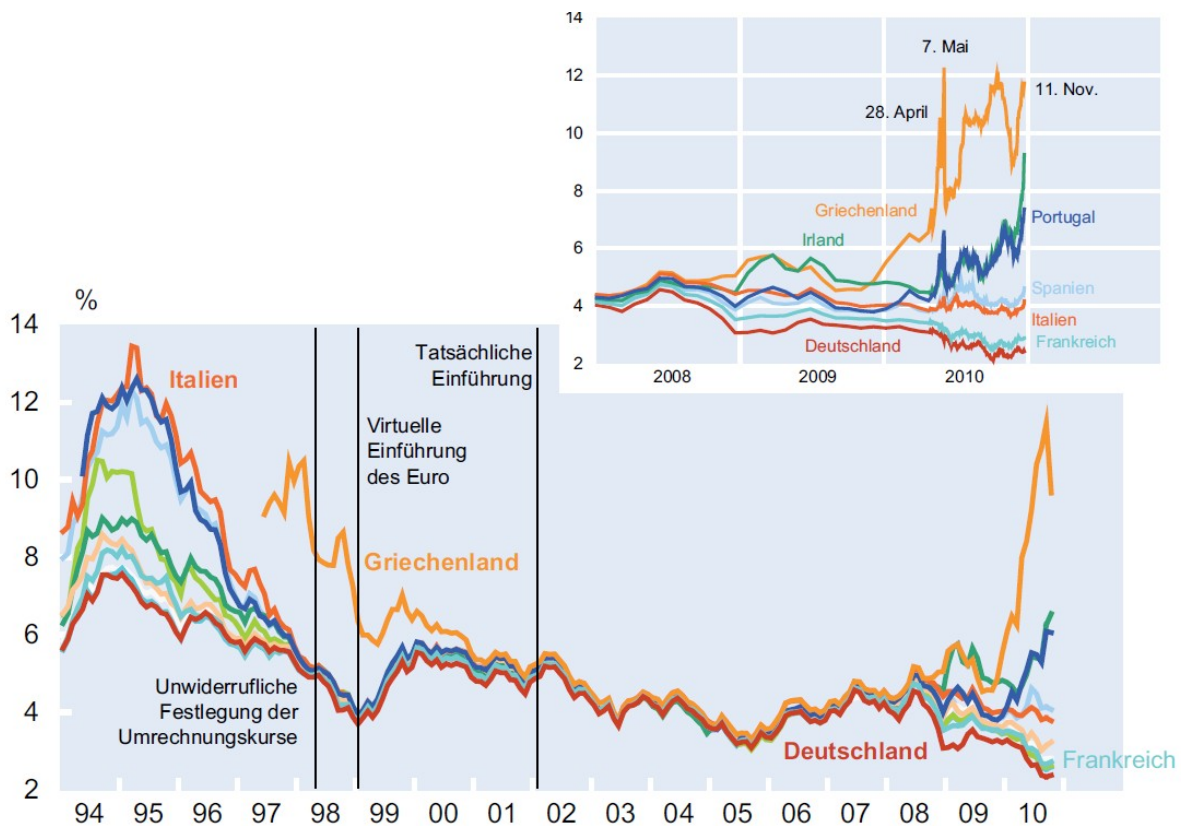
Die Motivation der überschuldeten Länder, dem Euro beizutreten und die nationalen Währungen abzuschaffen, habe darin gelegen, dass diese Staaten in den Genuss der gleichen niedrigen Zinsen kommen wollten wie Deutschland. Nachdem man vor der Einführung des Euro unter den hohen Zinsen gelitten habe, die man den internationalen Anlegern bieten musste,

---

8 Jürgen Liminski, 2011: "Wenn ein Land ein anderes rettet, wird es mit in den Strudel hineingezogen", ifo-Chef Sinn warnt vor dem Hilfsfall Griechenland, Jürgen Liminski im Gespräch mit Hans-Werner Sinn, *Dradio.de*, 14.06.2011, S. 3.

9 Hans-Werner Sinn, 2010: Euro-Krise, ifo-Schnelldienst (Sonderausgabe), herausgegeben vom Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, 63. Jg., Heft 10 vom 20.05.2010, S. 4ff.

ging diese Rechnung zunächst auf. Die Zinsaufschläge gegenüber Deutschland verringerten sich seit 1998, und selbst Griechenland kam in den Genuss einer Zinskonvergenz.<sup>10</sup>



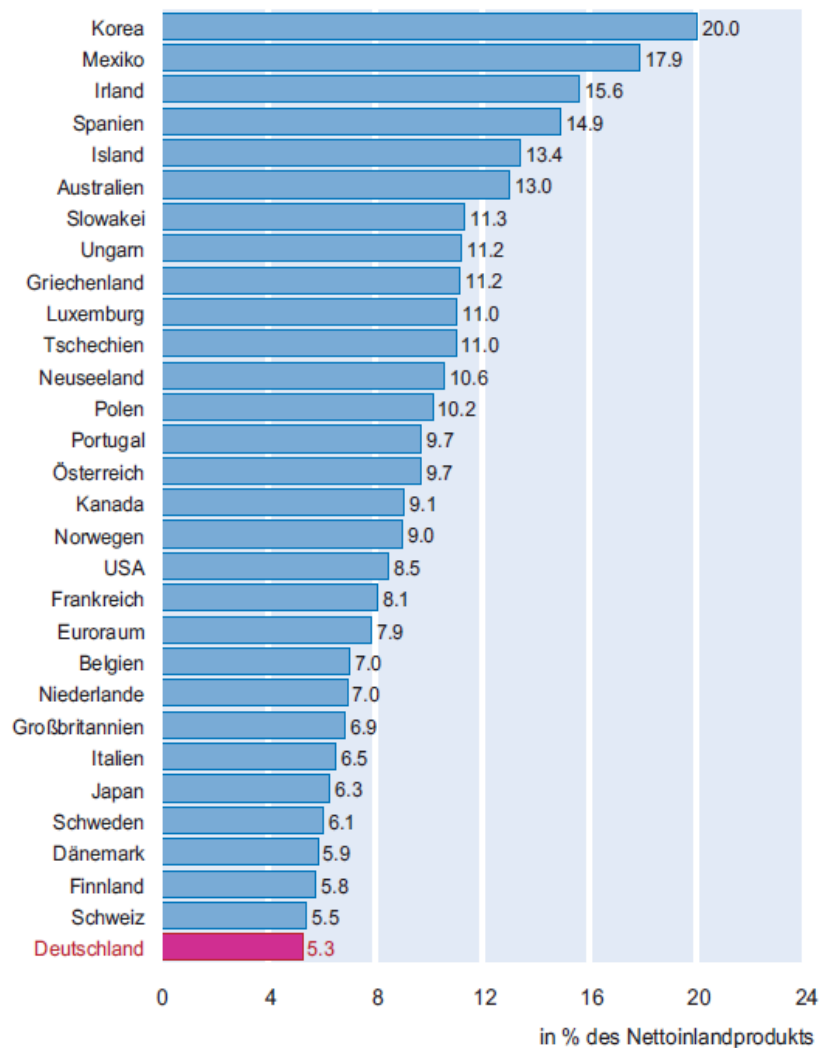
**Abb. 3: Entwicklung der Zinssätze für zehnjährige Staatsanleihen**

(Quelle: Hans-Werner Sinn/Kai Carstensen, 2010: Ein Krisenmechanismus für die Eurozone, ifo-Schnelldienst (Sonderausgabe), herausgegeben vom Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, 63. Jg., Heft 10 vom 23.11.2010, S. 2/Reuters Ecwin, Government Benchmarks, Bid, 10 year, yield, close, 12.11.2010)

Infolge der gesunkenen Zinsen und des dank des Eurosystems erwarteten Anlageschutzes fand in den südeuropäischen Ländern ein Bau- und Immobilienboom statt. Durch den Bauboom kamen die Bauarbeiter und die Immobilienbesitzer zu mehr Geld, das auch in den Konsum floss. Die Wirtschaft erlangte in diesen Ländern (mit Ausnahme von Portugal) eine Hochkonjunktur, die durch billigen Kreditfluss begünstigt wurde. Dagegen erschlaffte die Konjunktur in Deutschland. Anstatt sie in Kredite für die inländische Wirtschaft umzusetzen, exportierte Deutschland seine Ersparnisse. Die Investitionen gingen zurück, mit ihr erlahmte die Binnen- nachfrage, und die Inflationsrate und die Lohnsteigerungsrate stagnierten. Die Lohnzurück- haltung trug zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie bei, so dass Deutsch-

<sup>10</sup> Ebenda, S. 5f.

land zu hohen Exportüberschüssen gelangte. Große Summen flossen als Kapitalexport ins Ausland, und in Deutschland stagnierte die Nettoinvestitionsquote, während die südeuropäischen Länder Schuldenblasen aufbauen konnten.<sup>11</sup>



**Abb. 4: Nettoinvestitionsquoten im internationalen Vergleich 1995–2008**

(Quelle: Hans-Werner Sinn, 2010: Euro-Krise, ifo-Schnelldienst (Sonderausgabe), herausgegeben vom Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, 63. Jg., Heft 10 vom 20.05.2010, S. 7/OECD, National Accounts of OECD Countries, Volume I main aggregates and Volume II detailed Tables; ifo-Institut)

Während Deutschland in diesem Zeitraum wenig Wachstum realisieren konnte und zwischen 1995 und 2009 nach Italien die niedrigste Wachstumsrate aller EU-Staaten hatte, beschleunigten Irland, Spanien, Portugal und Griechenland den kredit- und schuldenfinanzierten Wachstumsboom. Der Zusammenbruch dieser Blasen hätte zu einem Wirtschaftsboom Deutschlands

<sup>11</sup> Ebenda, S. 7f.

geführt, und diese Entwicklung sei auch in Ansätzen zu beobachten gewesen. Die deutschen Kapitalanleger einschließlich der Banken zogen wegen der Vertrauenskrise ihr Geld aus dem Ausland zurück, die Banken boten den Firmen und den Hauskäufern bessere Kreditkonditionen an, und es setzte ein (mit eigenem statt fremdem Geld finanzierter) Bau- und Wirtschaftsboom ein. Diese Entwicklung wurde durch das Gewährleistungsgesetz abgebremst, so dass Deutschland seinen Wettbewerbern in der EU via Bürgschaft wieder zu frischem deutschen Sparkapital verhilft. Aufgrund der Verringerung der Zinsdifferenzen können die Schuldenländer wieder leichter Kredite aufnehmen, und die Schuldenblase wird erneut aufgeblasen.<sup>12</sup>

Im deutschen Interesse hätte es vielmehr gelegen, die Ausspreizung der Zinsen im Euro-Raum nach der Bonität der Schuldenländer nicht zu bremsen. Die Schuldenländer wären diszipliniert und vor einer weiteren Kreditaufnahme zurückgeschreckt worden. Es wären mehr Kapital nach Deutschland geflossen und mehr Wachstumsimpulse gesetzt worden. Stattdessen helfe jetzt Deutschland seinen Konkurrenten am Kapitalmarkt mit Bürgschaften. Besser wäre für Deutschland der Weg gewesen, den bedrängten Staaten nicht zu Hilfe zu kommen und einzelne Staaten notfalls in Konkurs gehen zu lassen.<sup>13</sup>

Statt der Bereitstellung der Hilfgelder verlangt *Sinn*, Maßnahmen zu ergreifen, die verschuldeten Staaten zu einer Schuldendisziplin zu bewegen und das Aufblähen der Schuldenblase zu verhindern. Diese Maßnahmen könnten durch einen Gläubigerverzicht (Haircut) begleitet werden. Daneben sollten die Schuldensünder durch Berichtspflichten und Vorschriften diszipliniert werden, und nichts diszipliniertere mehr als die Furcht vor Zinssteigerungen als Reaktion auf eine unsolide Haushaltspolitik. Die europäische Politik der Rettungspakete und Hilfszahlungen blähe jedoch die europäische Schuldenblase weiter auf. Dies ermögliche nur den Schuldenländern, weiter einfach Schulden zu machen, und ebne den Weg in eine Transferunion. Deutschland müsse vielmehr darauf aufpassen, durch seine Rettungsmaßnahmen nicht selbst in den Abwärtsstrudel mit hineingezogen zu werden.<sup>14</sup>

Anstatt die Löhne und Preise in Deutschland anzuheben, um die wirtschaftlichen Divergenzen in Europa zu verringern, wie es die links-alternativen Ökonomen vorschlagen, empfiehlt *Sinn*, die Wettbewerbsfähigkeit der Schuldnerstaaten zu verbessern. Dazu sei der künstlich hohe Lebensstandard zu senken, der gar nicht der Leistungsfähigkeit der Exportindustrie entsprach, und dazu seien insbesondere die zu hohen Löhnen und Preisen zu senken. *Sinn* hält in diesem Zusammenhang nicht nur Privatisierung, Lohndumping und Deregulierung, sondern auch eine interne Abwertung und ein Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro-Raum für statthaft.<sup>15</sup>

---

12 Ebenda, S. 7f.

13 Ebenda, S. 8.

14 Ebenda, S. 9.

15 Jürgen Liminski, 2011: "Wenn ein Land ein anderes rettet, wird es mit in den Strudel hineingezogen", ifo-

## 2.2. Der Standpunkt der links-alternativen Politiker und Ökonomen

Aus der Sicht der links-alternativen Politiker und Ökonomen trägt die neoliberale, auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zielende Lissabon-Strategie der EU die Schuld an der Krise, die ihre Versprechen von Vollbeschäftigung, Wohlstand und sozialer Gleichheit nicht halten können. Ebenso seien die sozialpolitische Strategie der EU („Europäische Soziale Agenda“) und ihre außenwirtschaftliche Strategie („Global Europe“) für die Erreichung der Ziele nicht förderlich gewesen.<sup>16</sup>

*Dullien* weist auch darauf, dass in kaum einem der Krisenländer die Schuldenkrise durch eine laxer Haushaltspolitik der jeweiligen Regierung verursacht worden sei. Dies treffe allenfalls auf Griechenland zu, wo in wirtschaftlich besseren Zeiten zu hohe Staatsausgaben getätigt und zu wenig Steuern eingetrieben worden seien. Dagegen hätten Irland und Spanien zunächst noch eine dynamische Wirtschaftsentwicklung mit Einnahmeüberschüssen für den Staatshaushalt gehabt, ehe sie den wirtschaftlichen Absturz durch Platzen der Bau- und Immobilienblasen und die damit verbundene hohe Arbeitslosigkeit mit hohen, schuldenfinanzierten Staatsausgaben bekämpfen mussten. Entsprechend sei die steigende Staatsverschuldung nicht die Ursache der Euro-Krise, sondern die Folge anderer Fehlentwicklungen wie der Überschuldung bei den privaten Haushalten und den Banken. Man müsse folglich gegen die makroökonomischen Ungleichgewichte und das zunehmende ökonomische Auseinanderdriften der Euro-Mitgliedsstaaten z.B. durch die Einführung eines außenwirtschaftlichen Stabilitätspaktes angehen, anstatt mit der verschärften Überwachung und Sanktionierung von Haushaltsdefiziten und der Staatsverschuldung eine Schuldenkrise zu bekämpfen, die doch letztlich nur Ergebnis der makroökonomischen Ungleichgewichte sei. Ein besonderes Problem wäre dabei das zunehmende Auseinanderdriften der Lohnstückkosten in den Euro-Ländern.<sup>17</sup>

Nach der Auffassung von *Candeias* ist Deutschland durch seine starke Exportindustrie der Hauptverursacher der Ungleichgewichte und der Hauptprofiteur der gegenwärtigen Finanzkrise. Mit seinen Handelsbilanzüberschüssen habe Deutschland dazu beigetragen, dass andere Länder wie Griechenland nicht ihre eigenen Waren produzieren und kaufen, sondern vor allem deutsche Waren kaufen. Dies habe zum Einbruch des Wirtschaftswachstums mit einem anschließenden Anstieg der Verschuldung in den südeuropäischen PICS-Staaten beigetragen.<sup>18</sup>

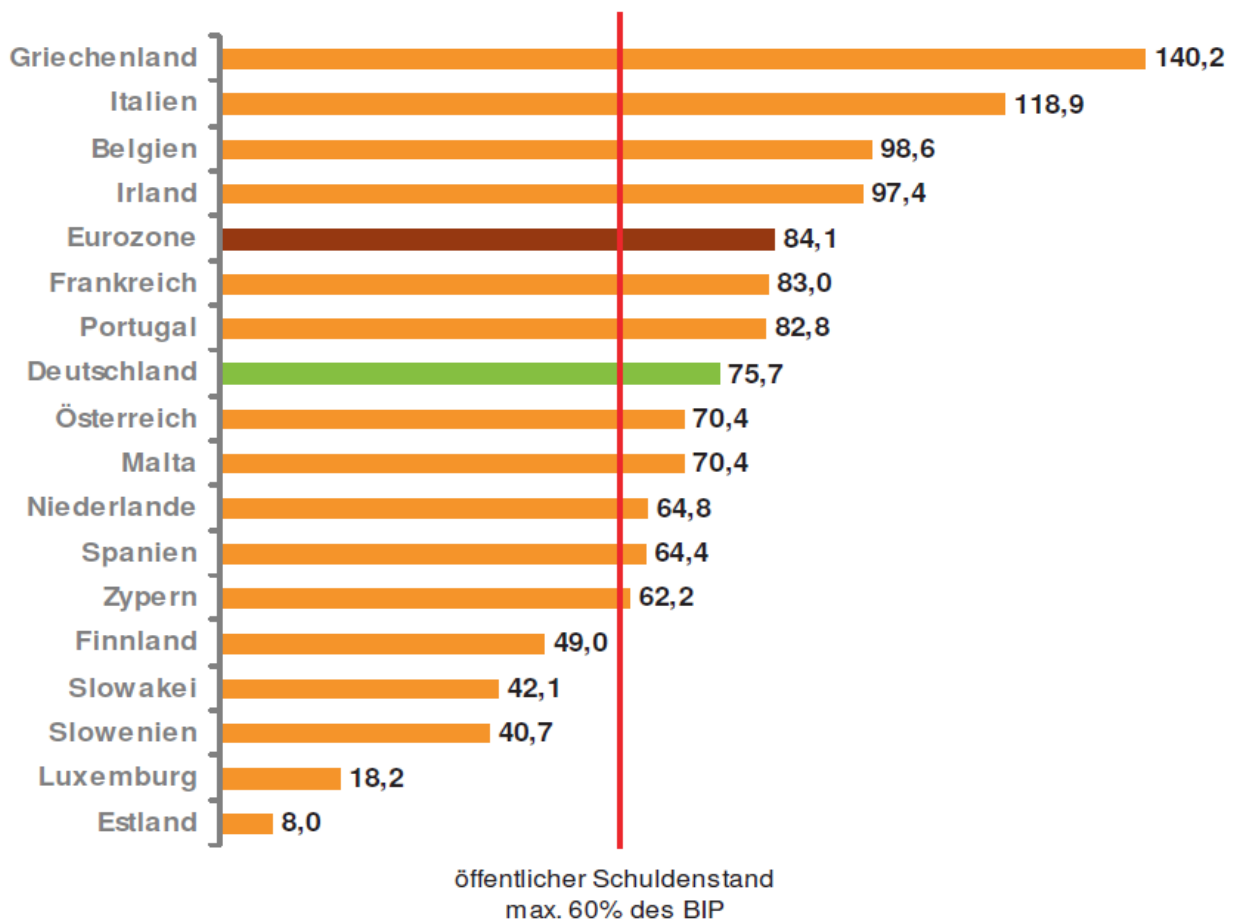
---

Chef Sinn warnt vor dem Hilfsfall Griechenland, Jürgen Liminski im Gespräch mit Hans-Werner Sinn, *Dradio.de*, 14.06.2011, S. 3.

16 EuroMemorandum-Gruppe, 2010: Europa in der Krise: Wie die EU in der Krise versagt – EuroMemorandum 2009/2010, Berlin 2010, S. 42.

17 Sebastian Dullien, 2010: Ungleichgewichte im Euro-Raum: Akuter Handlungsbedarf auch für Deutschland. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2010, S. 7ff.; o.V., 2011: Tiefere Ursachen der Krise. Makroökonomische Ungleichgewichte in der Euro-Zone. In: FES-Info, Heft 2/2011, S. 3f.

18 Mario Candeias, 2011: Wohin treibt der Krisenkapitalismus? Vortrag bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sach-



**Abb. 5: Schuldenstand der Euroländer 2010 (in %) am Bruttoinlandsprodukts**

(Quelle: DGB-Bundesvorstand, 2011: Zur Krise in der Eurozone: Europa neu justieren, Berlin 2011/Europäische Kommission, Herbst 2010)

*Joebges et al.* weisen darauf hin, dass die Wirtschaftspolitik der deutschen Regierung erhebliche Mitschuld für die aktuelle Euro-Krise trägt. Das Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik habe darin bestanden, Maßnahmen durchzusetzen, mit denen die deutsche Wirtschaft ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöhen konnte. In diesem Rahmen sind insbesondere die Arbeitsmarktreformen und die zurückhaltende Lohnpolitik in den letzten Jahren zu nennen, mit denen Deutschland seine Rolle als Export-Vizeweltmeister festigen konnte. So habe die deutsche Regierung dafür gesorgt, dass die Griechen fast nur deutsche Waren kaufen konnten, anstatt mitzuhelfen, dass die griechische Wirtschaft eigene Waren produziert, die die Griechen dann konsumieren können. Damit habe die deutsche Wirtschaft nicht nur den europäischen Nachbarländern Schaden zugefügt, sondern auch sich selbst, da über das exportorientierte Wachstumsmodell viele Jahre keine hohen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten erzielt werden konnten. Stattdessen müsse Deutschland das einseitige, nur auf Exportüberschüssen

sen in Dresden am 16.03.2011.

basierende Wachstumsmodell erweitern und eine Politik umsetzen, die auch die Binnennachfrage stützt. Konkret verlangen *Joebges et al.*, dass die Arbeitnehmer in Deutschland bei der Lohnentwicklung in Zukunft stärker als in der Vergangenheit am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beteiligt werden müssen. Mit einer solchen Politik, die nicht (nur) auf Exporte setzt, sondern ein ausgewogenes Verhältnis von Ex- und Importen zulässt, könne Deutschland auch für Nachfrageimpulse aus den krisenhaften Staaten sorgen, die in diesen Ländern vor dem Hintergrund ihrer eingeschränkten Wettbewerbsfähigkeit und der Überschuldung der öffentlichen Haushalte nicht mehr zu erwarten sind. Nur wenn Deutschland auch Nachfrage- und Konjunkturimpulse in den kriselnden Staaten zulasse, könnten diese mit höheren Wachstumsraten ihre hohe Verschuldung zurückführen. Da die Krisenländer kaum noch in der Lage seien, die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte abzubauen, müssten die zur Überwindung der Krise in der Euro-Zone notwendigen Lasten sowohl von den Defizitländern als auch von den Überschussländern wie Deutschland und den Benelux-Staaten getragen werden.<sup>19</sup>

Der frühere Bundesfinanzminister *Lafontaine* sieht eine Ursache der Euro-Krise in der zurückhaltenden deutschen Lohnpolitik. An für sich sollten die Löhne mit der Produktivität steigen und zusätzlich die Inflation ausgleichen. Deutschland verletze allerdings diese Grundregel, denn hier stagnierten die Löhne und Gehälter seit mehr als zehn Jahren. *„Dieses Lohn-dumping ist nicht nur schlecht für unser Land, sondern auch für die Euro-Zone. Deutsche Unternehmen erobern die Märkte der Euro-Länder, die ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren und in die Verschuldung rutschen. Deshalb muss man in Europa die Entwicklung der Löhne abstimmen. Sonst bricht der Euro zwangsläufig auseinander“*, so der frühere Bundesfinanzminister *Lafontaine*.<sup>20</sup>

In die gleiche Richtung geht auch die Argumentation von *Zeise*, der der Bundesregierung vorwirft, sich zu langsam und zu widerstrebend mit den anderen Euro-Ländern auf die Rettungsprogramme einzulassen. Sie drücke diesen Ländern Sparprogramme auf und behindere jegliche Gemeinsamkeit der Euro-Staaten bei der Refinanzierung am Finanzmarkt. Sie sei daran interessiert, ausschließlich den deutschen Unternehmen die Vorteile aus der deutschen Währungsunion zukommen zu lassen. Dazu wolle sie einerseits die restriktive deutsche Lohn- und Wirtschaftspolitik den anderen Euro-Staaten aufdrängen und gleichzeitig nichts von den Konkurrenz- und Wettbewerbsvorteilen an die europäischen Partnerländer abgeben. Mit der Wei-

19 Heike Joebges et al., 2010: Deutschlands Exportüberschüsse gehen zu Lasten der Beschäftigten. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2010, S. 5 und 30f.; Heike Joebges, 2010: Exporte um jeden Preis? Zur Diskussion um das deutsche Wachstumsmodell. Analysen der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2010, S. 1 und 4; o.V., 2011: Ungleichgewichte in Euroland. Keine Wachstumsimpulse wegen fehlender Binnennachfrage. In: FES-Info, Heft 2/2011, S. 5.

20 Hans Thie, 2011: Ist der Euro noch zu retten, Herr Lafontaine? Interview mit dem früheren Bundesfinanzminister. In: clara, Magazin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, Heft 19/2011, S. 11.



gerung, umfassendere Rettungsmaßnahmen für die kriselnden EU-Länder zu gewähren, und dem Versuch, den kriselnden Ländern eine noch rigidere Sparpolitik aufzudrücken, gefährde die deutsche Bundesregierung das Projekt der Europäischen Währungsunion.<sup>21</sup>

*Enderlein* verweist darauf, dass der Grundfehler der Währungsunion darin zu sehen ist, dass eine gemeinsame Währung ohne interne Stabilisierungsmechanismen und eine weitreichende Koordinierung der Finanzpolitiken eingeführt wurde. Auch Länder wie Spanien und Irland, die die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht akzeptiert hätten, stünden nun als Defizitländer dar. Ein wichtiger Auslöser der Krise sei, dass die Euro-Mitgliedsländer im Hinblick auf ihre Wachstums- und Inflationsentwicklung eine starke Divergenz aufwiesen, ohne dass der Euro-Wirtschaftsraum über diejenigen Anpassungsinstrumente der USA verfüge, um die Unterschiede im Wirtschaftsraum auszugleichen. Notwendig seien weitere Schritte in Richtung einer Wirtschaftsintegration und die Arbeit an einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik in Europa, statt die Einführung einer gemeinsamen Währung als Endpunkt zu betrachten. Dagegen wäre nach Auffassung von *Enderlein* der Rückschritt zu nationalen Währungen ökonomisch abwegig und juristisch unmöglich.<sup>22</sup>

---

21 Lucas Zeise, 2011: Der Euro am Abgrund. Der Umgang mit der Staatsschuldenkrise einiger Euro-Länder gefährdet die europäische Regierung. Die Bundesregierung ist daran maßgeblich beteiligt. In: clara, Magazin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, Heft 19/2011, S. 8- 10, S. 10.

22 Henrik Enderlein, 2010: Europa und der Euro. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Heft 43/2010, S. 7- 12, 8ff.

### **3. Mögliche Auswege aus der Griechenland-Krise**

In der Politik werden verschiedene Auswege diskutiert, damit Griechenland und andere Schuldnerstaaten der drohenden Staatspleite entgehen können und sich die Folgen für die europäische Wirtschaft in Grenzen halten. Im Folgenden sollen einige dieser skizzierten Ansätze vorgestellt und diskutiert werden.

#### **a) Neue Kredite für Griechenland**

Ein Lösungsansatz könnte darin bestehen, den in den Jahren 2010/11 eingeschlagenen Weg fortzusetzen und Griechenland neue Kredite zu gewähren. Man setzt hier voraus, dass Griechenland noch weit von einer Pleite entfernt und in der Lage ist, seine Wirtschaft durch Reformen und Privatisierungen wieder in Gang zu setzen und seine bestehenden Kredite mit Zinsen zurückzuzahlen. Auch die Europäische Zentralbank hat anfangs diesen Weg unterstützt. Problematisch ist an diesem Ansatz, dass keiner vorhersagen kann, ob Griechenland tatsächlich je in der Lage sein wird, seine Verbindlichkeiten zurückzuzahlen. Andere Staaten würden neue Lasten übernehmen, und für die Kreditgeber stellt sich die Frage, ob sie das entliehene Geld je wieder zurück erhalten würden. Bereits 2010 wurde die Laufzeit der Kredite verlängert, und die Zinsen wurden gesenkt. Die finanzielle Unterstützung würde zu einer Art Transferleistung werden, was in den großen Geberländern (Deutschland, Frankreich) politisch nur schwer durchsetzbar wäre.<sup>23</sup>

#### **b) Weitere Sparmaßnahmen und Privatisierungen oder ein neuer Marshall-Plan für Griechenland?**

Neoliberale Politiker und Ökonomen bringen zudem drastische Sparmaßnahmen und weitere Privatisierungen ins Gespräch, durch die Griechenland aus der Krise käme. So ist etwa *Martin Hüfner*, ehemals Chefvolkswirt der HypoVereinsbank und heute beim Vermögensverwalter Assenagon, der Auffassung, dass Griechenland seine Schulden durch den Verkauf seines Vermögens tilgen könne. Mit der Privatisierung der Schätze - immerhin beziffert der IWF den Wert der im Staatsbesitz befindlichen Unternehmen, Häfen, Ländereien etc. auf rund 300 Milliarden € - könnte der Staat Erlöse in Millionenhöhe erzielen. Umstritten ist, ob es so zu einem Produktivitätsschub der Wirtschaft kommt.<sup>24</sup>

Dem ist entgegenzuhalten, dass die Krisensituation von internationalen Konzernen nur dazu

---

23 Mark Schieritz, 2011: Finanzkrise: Griechenrettung 2.0. In: DIE ZEIT, in: <http://www.zeit.de/2011/23/Griechenland-Krise-Rettung>, 16.08.2011, S. 1.

24 o.V., 2011: In der Griechenland-Falle. Die griechische Tragödie: fünf Szenarien, was jetzt passieren kann (20.06.2011). In: FOCUS Magazin, Heft Nr. 25, 2011, [http://www.focus.de/politik/deutschland/in-der-griechenland-falle-die-griechische-tragoedie-fuenfszenarien-was-jetzt-passieren-kann\\_aid\\_638072.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/in-der-griechenland-falle-die-griechische-tragoedie-fuenfszenarien-was-jetzt-passieren-kann_aid_638072.html), 05.08.2011, S. 2.

genutzt würde, die griechische Notsituation auszunutzen und an die „Filetstücke“ zu kommen. Durch den Verkauf rentabler Unternehmen gingen dem Staat zudem wichtige Einnahmen an Private verloren. Hinzu kommt, dass Griechenland bereits brutal spart und die Griechen zu recht gegen die Sparprogramme ihrer Regierung protestieren. Mit den vom IWF initiierten Kürzungen trifft es wieder einmal die Falschen – Arbeitnehmer, Rentner und Staatsbedienstete. Kein Bediensteter in Deutschland würde sich die Kürzung von 20 % der Löhne gefallen lassen; ganz abgesehen davon, dass mit diesen rigorosen Sparprogrammen jegliche Konjunkturimpulse abgewürgt würden. Anstatt das Land über Sparprogramme und „Brüningsche Politik“ weiter abzuwürgen und in ein neues „Versailles“ zu führen, wäre hingegen vielmehr ein Marshall-Plan zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Griechenlands erforderlich.<sup>25</sup>

Auch der Chefökonom der Fraktion DIE LINKE, *Michael Schlecht*, kritisiert die dem griechischen Staat aufgezwungene Kürzungspolitik mit harten Worten: *„In Griechenland befindet sich die Wirtschaft in einer katastrophalen Rezession, weil es die Vorgaben des IWF und der EU-Kommission fast punktgenau umgesetzt hat. Letztes Jahr schrumpfte sie durch die wahn-sinnigen Kürzungsprogramme um 4,5 Prozent. 2011 soll es um weitere 3,5 Prozent bergab gehen. (...) Die Arbeitslosenrate stieg bereits innerhalb von einem Jahr von elf auf über 15 Prozent im Januar 2011. Außerdem sind 65.000 Unternehmen in diesem Zeitraum pleite gegangen. Durch die ausgeprägte Rezession der griechischen Wirtschaft können die Kürzungsprogramme die griechische Verschuldung nicht abmildern. Im Gegenteil: Die Schuldenquote und die Zinslastquote sind gestiegen. (...) Von einer Rückkehr zum Kapitalmarkt ist Griechenland heute weiter entfernt als vor einem Jahr. (...) Trotzdem setzt die griechische Regierung die un-sinnigen Bedingungen, die mit den „Hilfskrediten“ verbunden sind, weiter um und will den Kurs sogar noch verschärfen. Zwischen 2012 und 2015 sollen weitere 23 Milliarden im Staatshaushalt eingespart werden. (...) Eigentlich müsste Europa Griechenland mit Aufbauhilfen unter die Arme greifen. So wie die USA nach dem Zweiten Weltkrieg Deutschland mit dem Marshall-Plan half. (...) Eine Stabilisierung des Euros ist nur durch einen Abbau der Außenhandelsungleichgewichte nachhaltig zu erreichen.“*<sup>26</sup>

### **c) Schuldenschnitt**

Einige Ökonomen und Politiker sprechen sich für einen Schuldenschnitt aus. Danach müssten Gläubiger pauschal 50 bis 70 % ihrer Forderungen aus ihren Büchern streichen. Griechenland

---

25 Stephan Kaufmann, 2011: „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen“. 20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2011, S. 12f.

26 Michael Schlecht, 2011: Wirtschaftspolitik: Der Aufschwung der Profite! (15.05.2011). In: [http://www.die-linke.de/fileadmin/download/nachrichten/2011/110515\\_schlecht\\_aufschwung\\_profite.pdf?PHPSESSID=72-d0edc3b5b43ed40c25da87e062fa73](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/nachrichten/2011/110515_schlecht_aufschwung_profite.pdf?PHPSESSID=72-d0edc3b5b43ed40c25da87e062fa73), 06.09.2011, S. 9ff.

würde keine Anleihen mehr zurückzahlen und keine Zinsen mehr zahlen. Folglich müssten auch Fonds, Versicherungen, Finanzkonzerne und Privatpersonen, die dem griechischen Staat Geld geliehen haben, einen Beitrag zur Entschuldung Griechenlands leisten und milliarden-schwere Ausfälle selbst tragen.<sup>27</sup>

Der Vorteil einer solchen Lösung bestünde zunächst darin, dass der griechische Staat auf einem Schlag einen Großteil seiner Schulden los wäre, die Kreditlast leicht bewältigen könnte und sich die Wirtschaft wieder entfalten könnte. Zudem würde das Haftungsprinzip wiederhergestellt, denn der Kauf der Griechenland-Anleihen bedeutete hohe Zinsen bei hohem Risiko und sollte deshalb von den Käufern der Anleihen und nicht allein durch die Steuerzahler getragen werden.<sup>28</sup>

Eine solche Lösung würde deutlich dem Gerechtigkeitsgefühl breiter Teile der Bevölkerung Rechnung tragen, denn durch eine solche Lösung würden auch die Verursacher der Krise, Banken und Fonds, mit zur Kasse gebeten werden. Damit müssten auch die Gläubiger zahlen, die ansonsten an den hohen Staatsschulden nur mitverdienen würden. Allerdings hätte eine solche Lösung den Nachteil, dass die Gläubiger wohl zustimmten, aber Griechenland kaum zukünftig kaum neue finanzielle Mittel leihen würden – und wenn, dann nur zu hohen Zinsen. Für den Fall einer Umschuldung würden die griechischen Staatsanleihen ein Default-Rating erhalten, und Griechenland würde schlagartig den Zugang zum Kapitalmarkt verlieren.<sup>29</sup>

Problematisch ist an einer solchen Lösung weiter, dass ein Schuldenschnitt über den Herdentrieb am Kapitalmarkt weitere Ansteckung provozieren könnte.<sup>30</sup> Via Dominoeffekt könnte eine solche Lösung weitere Banken- und Staatskrisen nach sich ziehen. Ein Schuldenschnitt könnte griechische Banken, die zu 23 % Gläubiger der griechischen Staatspapiere sind, in eine Krise stürzen, und weitere Staaten der Euro-Zone wie Spanien anstecken und in den Ruin treiben. Die Krise könnte weitere Staaten und die gesamte Eurozone erfassen und zu einem Ausverkauf der Anleihen führen.<sup>31</sup>

---

27 Stephan Kaufmann, 2011: „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen“. 20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2011, S. 14; Stefan Schultz, 2011: Wege aus der Griechen-Krise: Aufpäppeln, umschulden, aussperren. In: SPIEGEL online vom 17.04.2011, in: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,691199,00.html>, 03.08.2011, S. 2f.

28 o.V., 2011: In der Griechenland-Falle. Die griechische Tragödie: fünf Szenarien, was jetzt passieren kann (20.06.2011). In: FOCUS Magazin, Heft Nr. 25, 2011, [http://www.focus.de/politik/deutschland/in-der-griechenland-falle-die-griechische-tragoedie-fuenfszenarien-was-jetzt-passieren-kann\\_aid\\_638072.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/in-der-griechenland-falle-die-griechische-tragoedie-fuenfszenarien-was-jetzt-passieren-kann_aid_638072.html), 05.08.2011, S. 1f.

29 Ebenda, S. 2; Stefan Schultz, 2011: Wege aus der Griechen-Krise: Aufpäppeln, umschulden, aussperren. In: SPIEGEL online vom 17.04.2011, in: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,691199,00.html>, 03.08.2011, S. 2.

30 Stephan Kaufmann, 2011: Ein teurer Haarschnitt. Was hilft gegen die hohen Staatsschulden? In: Frankfurter Rundschau vom 15.08.2011, S. 2- 3, S. 3.

31 Stephan Kaufmann, 2011: „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen“. 20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2011, S. 14.

Zudem müssten auch die deutschen Banken bei einem Schuldenschnitt um 50 % mit mehr als 25 Milliarden € an Mehrbelastungen rechnen. Auf die Inhaber alter griechischer Anleihen wie die Banken, die Versicherungen und auch die EZB kämen deftige Abschreibungen zu, die für die deutschen Kreditinstitute und die deutsche Industrie schmerzhaft, aber wohl zu verkraften wären. Dennoch bliebe die Gefahr, dass über „Domino-Effekte“ dann weitere Banken zusammenbrechen, für die dann wenig später wieder der Staat eingreifen müsste, grundsätzlich bestehen.<sup>32</sup>

Aus diesem Grund werden in der Politik auch „weichere“ Formen des Schuldenschnitts diskutiert. Völlig unzureichend ist der Vorschlag für einen freiwilligen Schuldenschnitt der privaten Geldgeber von weniger als 50 %. Praktikabler ist dagegen der Vorschlag, alte Anleihen gegen neue Stücke mit längeren Laufzeiten, niedrigeren Zinsen oder halbem Nennwert umzutauschen, so dass die Gläubiger auf Einnahmen in Millionenhöhe verzichten müssten.<sup>33</sup>

*Schieritz* nennt in diesem Zusammenhang zwei Varianten einer „weichen“ Umschuldung:

- *Brady-Bonds*: Hierunter versteht man den Umtausch der Anleihen der hoch verschuldeten Staaten gegen Staatspapiere mit niedrigerem Wert, die aber von den USA garantiert werden. Dieser Weg wurde zur Sanierung der Haushalte in den lateinamerikanischen Staaten gewählt, die sich vor allem bei Banken aus den USA verschuldet hatten, und führte zur Reduzierung der Schuldenlast der betroffenen Länder. Im Gegensatz zu den lateinamerikanischen Ländern verfügt Griechenland aber über keine eigene Zentralbank mehr, und zudem wird in Griechenland ein großer Teil der griechischen Schulden von griechischen Banken gehalten, die den Tausch möglicherweise nicht verkraften würden.<sup>34</sup>
- *Reprofilierung*: Gemeint ist hier der Umtausch von Staatsanleihen von kurzer Laufzeit in Staatspapiere mit längerer Laufzeit. Die Verlängerung der Laufzeit der Staatsanleihen verschiebt das Problem, löst aber zunächst keines, denn die Investoren erhielten denselben Betrag wie zuvor zurück, nur zu einem späteren Rückzahlungstermin. Zudem könnten die Rating-Agenturen eine Laufzeitverlängerung als Zahlungsausfall werten und durch Abwertung der Bonität den Märkten weitere Turbulenzen hinzufügen. Fraglich ist auch, ob die EZB die verlängerten Anleihen ohne zusätzliche Sicher-

---

32 Ebenda, S. 14; Stefan Schultz, 2011: Wege aus der Griechen-Krise: Aufpäppeln, umschulden, aussperren. In: SPIEGEL online vom 17.04.2011, in: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,691199,00.html>, 03.08.2011, S. 3.

33 o.V., 2011: In der Griechenland-Falle. Die griechische Tragödie: fünf Szenarien, was jetzt passieren kann (20.06.2011). In: FOCUS Magazin, Heft Nr. 25, 2011, [http://www.focus.de/politik/deutschland/in-der-griechenland-falle-die-griechische-tragoedie-fuenfszenarien-was-jetzt-passieren-kann\\_aid\\_638072.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/in-der-griechenland-falle-die-griechische-tragoedie-fuenfszenarien-was-jetzt-passieren-kann_aid_638072.html), 05.08.2011, S. 1f.

34 Mark Schieritz, 2011: Finanzkrise: Griechenrettung 2.0. In: DIE ZEIT, in: <http://www.zeit.de/2011/23/Griechenland-Krise-Rettung>, 16.08.2011, S. 2f.

heiten als Pfand bei ihren Geldleihgeschäften akzeptieren würde.<sup>35</sup> Klüger wäre es möglicherweise, wenn die Politik den Umtausch von Staatsanleihen in solche mit längeren Laufzeiten mit einem zwangsweisen oder freiwilligen Gläubigerverzicht verbinden würde.

Die Politik in den EU-Staaten läuft dagegen darauf hinaus, einen Umtausch der griechischen Staatspapiere in solche mit längeren Laufzeiten und einen teilweisen, aber freiwilligen Gläubigerverzicht auf Forderungen gegenüber Griechenland zu verbinden.

#### **d) Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone**

Einige Politiker und Wissenschaftler halten gar den Austritt Griechenlands und die Rückkehr zur Drachme für statthaft. So meint CSU-Landesgruppenchef *Friedrich*: „Griechenland hat nicht nur ein Liquiditäts-, sondern ein grundsätzliches Wachstumsproblem.“ Entsprechend solle das südeuropäische Land „ernsthaft erwägen, aus dem Euroraum auszusteigen.“ Eine solche Lösung dürfe „nicht zum Tabu erklärt werden.“<sup>36</sup> Ebenso hält die griechische EU-Kommissarin, *Maria Damanaki*, die Rückkehr zur Drachme für nicht ausgeschlossen. Entweder Griechenland ringe sich zu brutalen Sparmaßnahmen durch, oder es komme zum Rückkehr zur Drachme. Der Ökonom *Starbatty* hält gar den Euro-Austritt für unumgänglich. Es gebe keinen anderen Weg, damit das Land gesund wird: „*Es kehrt zu seiner eigenen Währung zurück und kann abwerten.*“<sup>37</sup>

Der Vorteil einer solchen Lösung bestünde darin, dass Griechenland hier den früher oft gewählten Wechselkursmechanismus greifen lassen und seine Währung abwerten könne. Dadurch würden griechische Waren preiswerter und im Ausland attraktiver, während sich im Inland ausländische Güter verteuern würden. Damit könne die Wirtschaft angekurbelt werden.<sup>38</sup> In der Tat stehen die Maastrichter Verträge einem freiwilligen Austritt eines Landes aus der Euro-Zone nicht entgegen. Dennoch ist die griechische Regierung selbst gegen eine solche Lösung, weil die Währung eines kleinen Landes leicht zum Gegenstand von Attacken von Spekulanten werden könnte. Panikartige Reaktionen an den Finanzmärkten sind nicht ausge-

---

35 Ebenda, S. 2.

36 Hans-Peter Friedrich, 2011. Zitiert nach Stefan Schultz, 2011: Wege aus der Griechen-Krise: Aufpäppeln, umschulden, aussperren. In: SPIEGEL online vom 17.04.2011, in: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,691199,00.html>, 03.08.2011.

37 Joachim Starbatty, 2011. Zitiert nach o.V., 2011: In der Griechenland-Falle. Die griechische Tragödie: fünf Szenarien, was jetzt passieren kann (20.06.2011). In: FOCUS Magazin, Heft Nr. 25, 2011, [http://www.focus.de/politik/deutschland/in-der-griechenland-falle-die-griechische-tragoedie-fuenfszenarien-was-jetzt-passieren-kann\\_aid\\_638072.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/in-der-griechenland-falle-die-griechische-tragoedie-fuenfszenarien-was-jetzt-passieren-kann_aid_638072.html), 05.08.2011, S. 3.

38 o.V., 2011: In der Griechenland- Falle. Die griechische Tragödie: fünf Szenarien, was jetzt passieren kann (20.06.2011). In: FOCUS Magazin, Heft Nr. 25, 2011, [http://www.focus.de/politik/deutschland/in-der-griechenland-falle-die-griechische-tragoedie-fuenfszenarien-was-jetzt-passieren-kann\\_aid\\_638072.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/in-der-griechenland-falle-die-griechische-tragoedie-fuenfszenarien-was-jetzt-passieren-kann_aid_638072.html), 05.08.2011, S. 3.

schlossen. Fraglich ist auch, ob es zu einem Domino-Effekt kommen würde, der andere Staaten und Banken mit in den Strudel reißen und neue Hilfsprogramm nach sich ziehen würde.<sup>39</sup> Zudem müsste die Regierung Griechenlands mit einer Kapitalflucht rechnen. Von griechischen Banken seien innerhalb eines Jahres bereits 46 Milliarden € abgeflossen.<sup>40</sup> Bei der Abwertung der Drachme würde die Schuldenlast Griechenlands weiter ansteigen, weil seine Anleihen weiter auf Euro liefen. Mit der Abwertung der Drachme um 50 % würde sich z.B die Schuldenlast Griechenlands auf 300 % des Bruttoinlandsprodukts verdoppeln. Zudem müssten die ausländischen Gläubiger Griechenlands, darunter deutsche und französische Banken, auf ihre vergebenen Kredite verzichten.<sup>41</sup>

Gegen diese Argumentation ist einzuwenden, dass die Abwertung von Währungen früher durchaus üblich war. Die Schulden würden sich dann nicht potenzieren, wenn man zu einem Haircut bzw. Schuldenschnitt greift. Die Frage ist nur, in welchem Umfang eine Umschuldung aufgrund der zu erwartenden Dominoeffekte möglich ist, ohne dass es zur Vervielfachung der Schulden kommt. Zudem wird darauf hingewiesen, dass rund 95 % der griechischen Staatsanleihen nach griechischem Recht emittiert wurden und so das griechische Parlament die Möglichkeit habe, die Währung der Staatsanleihen per Gesetz zu ändern. Bei der Umstellung der Anleihen zum Euro-Eintrittskurs und der Freigabe der Drachme wäre dann laut *Dieter* zwar mit einem deutlichen Kursrutsch der Drachme zu rechnen, was die Gläubiger Griechenlands, nicht jedoch den griechischen Staat belasten würde.<sup>42</sup>

### e) Einführung von Eurobonds

Ökonomen und Politiker aus dem linken Spektrum, darunter die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, SPD und DIE LINKE, schlagen zudem die Einführung von Eurobonds vor. Dieser Vorschlag wendet sich gegen die gespaltene, krisenverschärfende Wirkung der nationalen Kreditfinanzierung<sup>43</sup> und wurde insbesondere vom luxemburgischen Ministerpräsidenten

---

39 Mark Schieritz, 2011: Finanzkrise: Griechenrettung 2.0. In: DIE ZEIT, in: <http://www.zeit.de/2011/23/Griechenland-Krise-Rettung>, 16.08.2011, S. 2.

40 o.V., 2011: In der Griechenland-Falle. Die griechische Tragödie: fünf Szenarien, was jetzt passieren kann (20.06.2011). In: FOCUS Magazin, Heft Nr. 25, 2011, [http://www.focus.de/politik/deutschland/in-der-griechenland-falle-die-griechische-tragoedie-fuenfszenarien-was-jetzt-passieren-kann\\_aid\\_638072.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/in-der-griechenland-falle-die-griechische-tragoedie-fuenfszenarien-was-jetzt-passieren-kann_aid_638072.html), 05.08.2011, S. 3.

41 Stephan Kaufmann, 2011: „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen“. 20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2011, S. 15; Heribert Dieter, 2011: Währung: Auszeit vom Euro. Die Rückkehr Griechenlands zur Drachme ist ein Horrorszenario, aber die Alternativen sind noch schlimmer (16.06.2011). In: <http://www.zeit.de/2011/25/Griechenland-Waehrung-Drachme>, 03.08.2011, S. 2.

42 Heribert Dieter, 2011: Währung: Auszeit vom Euro. Die Rückkehr Griechenlands zur Drachme ist ein Horrorszenario, aber die Alternativen sind noch schlimmer (16.06.2011). In: <http://www.zeit.de/2011/25/Griechenland-Waehrung-Drachme>, 03.08.2011, S. 2.

43 Rudolf Hickel, 2011: Kurzkomentar Eurobonds – Ein Instrument zur Stabilisierung des Eurolandes, Bremen 2011, S. 1.

*Jean-Claude Juncker* und in Deutschland vom Ökonomen *Rudolf Hickel* in die Diskussion eingebracht. Damit würde Spekulanten die Möglichkeit genommen werden, die Zinssätze kriselnder Staaten nach oben zu treiben. Bei einer Schuldenaufnahme über Eurobonds würden dahinter auch Länder mit einer hohen Bonität wie Deutschland und Frankreich stehen, und die Kreditzinsen fielen entsprechend niedriger aus. So könne verhindert werden, dass die überschuldeten Staaten (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien) hohe Risikoaufschläge auf ihre Staatsanleihen zahlen müssten, weil die Banken Zweifel an ihrer Finanzkraft haben.<sup>44</sup> Die Ausgabe einer solchen Euro-Anleihe wäre zudem ein mutiger Schritt, um die Währungsunion zu vertiefen. Nach dieser Lesart wäre das Risiko, dass einige Euro-Staaten die Konsolidierung ihrer Haushalte vernachlässigten, über verschiedene Auflagen beherrschbar.<sup>45</sup>

Gegen die Einführung von Eurobonds wird eingewendet, dass damit die Haftung innerhalb der Eurozone vergemeinschaftet würde und sich die Finanzmarktbedingungen für deutsche Anleihen zu Lasten des Euros verschlechtern würden. Dieses Argument wird insbesondere von deutschen Kritikern wie dem Bundesbankpräsidenten *Weidmann* vorgetragen.<sup>46</sup>

Bei einer Vertiefung der Euro-Krise kann es sein, dass man um die Einführung von Eurobonds nicht herunkommt. Dennoch sollte vor ihrer Einführung bedacht werden, dass sie zu Lasten der solventen Euro-Länder gingen und Deutschland dann für seine höhere Zinsen an seine Gläubiger zahlen müsste. *Albrecht von Hagen* schreibt dazu: „*Auch die Forderung, die Rettungsschirme noch weiter zu vergrößern und Euro-Bonds einzuführen, ist geradezu eine Einladung für Regierungen, sich weiter um eine solide Haushaltspolitik herumzudrücken, weil der Rest der Europäer mitzahlen muss. (...) Wenn danach allerdings das Schuldenmachen lustig weiter geht, ist weder für die Schuldnerländer noch den Euro und seine Partnerländer etwas gewonnen.*“<sup>47</sup> Nach dieser Argumentation würde eine Euro-Anleihe die disziplinierende Wirkung höherer Zinsen für die verschuldeten Länder zerstören.

---

44 Nicola Liebert, 2011: Wie der Euro gerettet werden kann. In: taz vom 23.02.2011, <http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/abschied-von-der-schrumpfpolitik/>, 25.02.2011; o.V., 2011: Die gute Transferunion: Alternative Ökonomen fordern mehr Unterstützung für Krisenländer. In: Süddeutsche Zeitung vom 23.02.2011, <http://www.sueddeutsche.de/v5d38H/3922467/Die-gute-Transferunion.html>, 25.02.2011.

45 Mario Müller, 2011: Für eine expansive Finanzpolitik. In: Frankfurter Rundschau vom 22.02.2011, <http://www.fr-online.de/wirtschaft/fuer-eine-expansive-finanzpolitik/-/1472780/7219948/-/index.html>, 25.02.2011.

46 Lutz Herden, 2011: Sarkozys Bankenabgabe war Unfug, Gespräch von Lutz Herden mit dem Ökonomen Rudolf Hickel (26.07.2011), in: <http://www.freitag.de/politik/1129-sarkozys-bankenabgabe-war-unfug>, 10.08.2011, S. 2f.

47 Albrecht von der Hagen, 2011: „Alternative Wirtschaftspolitik“ würde Deutschland und Europa massiv schwächen. Wer über seine Verhältnisse lebt, muss mal anfangen zu sparen, Presseerklärung von Albrecht von Hagen, Hauptgeschäftsführer von DIE FAMILIENUNTERNEHMER (22.02.2011). In: <http://www.verbaende.com/News.php4?m=75316>, 24.05.2011; ähnlich Malte Fischer et al., 2010: Euroland abgebrannt, in: Wirtschaftswoche, Heft 3/2010, S. 18- 23, 22.



## **f) Inflation zur Schuldensenkung**

In der öffentlichen Debatte kommen weitere Lösungsansätze leider zu kurz. Denkbar wäre in jedem Fall auch, das Schuldenproblem „durch Inflationierung“ in den Griff zu bekommen. Regierungen und Europäische Zentralbank könnten künstlich Inflation produzieren, und so würden die Schulden der Länder mit einem hohen Schuldenstand an Wert verlieren.

Dieser Ansatz beruht darauf, dass die Regierungen und die Europäische Zentralbank das Wirtschaftswachstum künstlich anheizen, Inflationserwartungen schüren und für stärkere Lohnzuwächse sorgen könnten. Steigt die Inflation an, könnte die Regierung nominell höhere Steuereinnahmen verbuchen und aus diesen die Schuldenlast leichter bedienen.

Problematisch ist an einer solchen Lösung, dass die Regierung mit einer Inflationsstrategie den Wert der aufgelaufenen Staatsverschuldung reduzieren könnte, dass aber gleichzeitig die Neuverschuldung teurer werden würde. Zudem würden die Märkte angesichts der Inflation immer höhere Zinsen verlangen, so dass für den Staat neue Kredite ungleich teurer würden. Weiter ist denkbar, dass sich die Inflation unerwartet entwickelt und „aus dem Ruder“ laufen könnte. Wirtschaftspolitik über Inflation zu gestalten, ist mehr als heikel und gehört deshalb schon seit über 25 Jahren nicht mehr zum Repertoire der Wirtschaftspolitik der nationalen Regierungen.<sup>48</sup>

## **g) Stärkere Besteuerung von großen Unternehmen und Vermögen**

Ein denkbarer, in der öffentlichen Diskussion aber ebenso vernachlässigter Ansatz besteht darin, große Unternehmen und Vermögen stärker zu besteuern, um die Schuldenlasten zu decken. Dabei wird darauf verwiesen, dass die 30 größten DAX-Konzerne über liquide Mittel in Höhe von 160 Milliarden €, die 150 größten US-Unternehmen sogar über Mittel in Höhe von 670 Milliarden € verfügen. Hinzu kommt, dass laut der Bank Credit Suisse weltweit 8 % der Bevölkerung über 80 % des Reichtums verfügen. Selbst in Griechenland liegt das private Vermögen pro Einwohner mit 57.000 € über der Staatsschuld pro Einwohner mit 30.000 €. Auch in anderen EU-Staaten liegt das private Vermögen deutlich über den öffentlichen Schulden.<sup>49</sup>

Gegen die höhere Besteuerung der Unternehmen wird eingewendet, dass diese der Konjunktur schaden und über den Abzug von Kapital zu mehr Arbeitslosigkeit führen würde. Angesichts der extrem niedrigen Unternehmensbesteuerung spricht aber gegen eine maßvolle Anhebung der Steuerlast der Unternehmen nichts. Für die größere Besteuerung von Vermögen ist dieses Argument ohnehin nicht einschlägig, da eine Vermögensbesteuerung die reichen Personen treffen würde, aber keine Auswirkungen auf die Konjunktur hätte.

<sup>48</sup> Stephan Kaufmann, 2011: Ein teurer Haarschnitt. Was hilft gegen die hohen Staatsschulden? In: Frankfurter Rundschau vom 15.08.2011, S. 2- 3, 2.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 3.

## **h) Stärkere Regulierung und Besteuerung des Finanzsektors**

Hinzu kommt, dass über die stärkere Regulierung und Besteuerung des Finanzsektors der Banken, die die Krise mit hervorgehoben haben, überhaupt nicht diskutiert wird. Denkbar ist in diesem Zusammenhang z.B. eine einmalige Bankenabgabe, wie sie durch den französischen Präsidenten *Sarkozy* ins Gespräch gebracht wurde.<sup>50</sup> Anstatt in den nächsten Jahren in den EU-Staaten weitere massive Kürzungsprogramme durchzudrücken, sollte die Regierung mit den Banken und den Vermögenden auch die Profiteure der Finanzblasen zur Kasse bitten. Hinzu kommt, dass das System der deregulierten Finanzmärkte bzw. der Spekulation grundsätzlich beibehalten wurde. Griechenland wurden zwar erhebliche finanzielle Mittel via Rettungspaket bereitgestellt. Auf der anderen Seite wird keine wirksame Regulierung der Finanzmärkte vorgenommen. Es ist nicht so, dass die Politik im Hinblick auf die Entwicklung an den Finanzmärkten alternativlos ist. Man kann auch Politik gegen die Finanzmärkte machen – bzw. diese stabilisieren, was sogar in deren Interesse liegen sollte. Die Politik kann auch regulierend eingreifen.

Zu den Mindestanforderungen, die an die Politik im Zusammenhang mit der Bankenkrise gestellt werden können, gehören:

- Durchsetzung des Verursacherprinzips: die Kosten müssen denjenigen in Rechnung gestellt werden, die die Krise verursacht haben; ggf. strengere Managementhaftung,
- das Verbot des Derivatehandels (oder strengere Vorschriften beim Derivatehandel),
- das Verbot der Hedgefonds (oder zumindest die stärkere Kontrolle über diese; strengere Transparenzregeln),
- die Verstaatlichung der Ratingagenturen,
- die Stärkung der Bankenaufsicht; die Banken sollten zumindest unter öffentliche-rechtliche Kontrolle gestellt werden,
- die Einführung einer Finanztransaktionsteuer zur Begrenzung der kurzfristigen Spekulation,
- die Stärkung der Stellung der Wirtschaftsprüfer.<sup>51</sup>

Wichtig ist auch, dass die Banken an Macht verlieren und sich wieder auf ihre Kernaufgabe, die Regelung der Kreditversorgung der Gesellschaft und die Förderung von produktiven Investitionen durch die Vergabe von Krediten an Unternehmen, konzentrieren. Ihre Ge-

---

50 Lutz Herden, 2011: Sarkozys Bankenabgabe war Unfug, Gespräch von Lutz Herden mit dem Ökonomen Rudolf Hickel (26.07.2011). In: <http://www.freitag.de/politik/1129-sarkozys-bankenabgabe-war-unfug>, 10.08.2011, S. 3.

51 Andreas Willnow, 2009: Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 - Hintergründe und Lösungsansätze, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Leipzig, Mai 2009. In: [http://www.sachsen.rosalux.de/fileadmin/ls\\_sachsen/dokumente/finanzkrise.pdf](http://www.sachsen.rosalux.de/fileadmin/ls_sachsen/dokumente/finanzkrise.pdf), 08.09.2010, S. 17.

schäftstätigkeit muss zumindest unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. Die öffentlich-rechtliche Bankenaufsicht ist zu verstärken. Die Finanzmärkte müssen kontrolliert werden; ihre Macht muss eingeschränkt werden. Die riskanten Finanzprodukte (Derivate) müssen einer Zulassungspflicht unterworfen werden.<sup>52</sup> Weitere geeignete Maßnahmen sind z.B. die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen, die Einführung einer Finanztransaktionsteuer zur Besteuerung von Börsenumsatz, außerbörslichem Handel und Devisenhandel, die Stärkung der internationalen Bankenaufsicht und das Austrocknen der Steueroasen. Zudem sollte der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge generell dem Einflussbereich der Finanzmärkte entzogen werden.<sup>53</sup>

ATTAC Österreich schlug als Ausweg aus der Finanzkrise 2007 folgendes Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte vor:

„4 ATTAC-Forderungen für stabile Finanzmärkte: (...)

- Steueroasen trockenlegen!

Steueroasen sind zentral für das Funktionieren des globalen Finanzmarktcasinos. Superreiche, Banken und institutionelle AnlegerInnen werden dort weder fair besteuert noch reguliert und beaufsichtigt. Steueroasen könnten problemlos „trockengelegt“ werden, da sie zumeist westlichen Staaten unterstehen und vom Zugang zu den globalen Finanzmärkten abhängig sind.

- Globale und EU-weite Finanzmarktregulierung

Globalisierte Finanzmärkte bedürfen einer globalen und EU-weiten Aufsicht und Kontrolle. Ansonsten ist der nächste Crash nur eine Frage der Zeit. Banken und insbesondere hochspekulative und aggressive Fonds müssen streng reguliert, bestimmte Anlagestrategien untersagt werden. Riskante Finanzprodukte (Derivate) müssen so wie Medikamente einer Zulassungspflicht unterworfen werden. Unbeaufsichtigter „Over the Counter“-Handel mit diesen Produkten ist zu verbieten. Alle Geschäfte müssen in den Bilanzen aufscheinen!

- Bankenrettung: Die ZockerInnen müssen zahlen!

Staaten müssen sich bei Rettungsaktionen für marode Banken entsprechende Anteile sichern. Es darf kein Steuergeld für die astronomischen Managergagen geben - diese müssen auf das Dreißigfache der Mindesteinkommen begrenzt werden. Außerdem sind die die Rettungskosten von den VerursacherInnen und GewinnerInnen der Krise durch höhere Gewinn- und Vermögensteuern mittelfristig zurück zu zahlen.

- Transaktionssteuern gegen kurzfristige Spekulation!

---

52 ATTAC Österreich, 2009: Die Krise auf den Finanzmärkten betrifft uns alle. Daher muss JETZT gehandelt werden! Die Politik muss das globale Finanzcasino endlich schließen! Folder von ATTAC Österreich. In: <http://www.attac.at/uploads/media/FM-Folder.pdf>, 13.01.2009, S. 2.

53 Andreas Willnow, 2009: Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 - Hintergründe und Lösungsansätze, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Leipzig, Mai 2009. In: [http://www.sachsen.rosalux.de/fileadmin/ls\\_sachsen/dokumente/finanzkrise.pdf](http://www.sachsen.rosalux.de/fileadmin/ls_sachsen/dokumente/finanzkrise.pdf), 08.09.2010, S. 18.

Die Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen würde Spekulation eindämmen und die Stabilität der Finanzmärkte erhöhen. Um längerfristiges Anlageverhalten zu begünstigen, sollten zudem Aktienstimmrechte an die Haltedauer gekoppelt und Aktienoptionen (Koppelung der Managergehälter an Aktienkurs) verboten werden.

Um weitere Finanzkrisen zu vermeiden, müssen diese Forderungen umgehend umgesetzt werden.<sup>54</sup>

Dieses Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte, das im Zusammenhang mit der Finanzkrise 2007 vorgeschlagen wurde, ist nach wie vor aktuell. Jedoch stießen alle Initiativen für Regeln, die den US-Fonds und -Banken das Geschäft erschweren, auf den Widerstand der Geldhäuser,<sup>55</sup> so dass es bisher zu keiner Neuordnung des Bankensektors gekommen ist.

---

54 ATTAC Österreich, 2009: Die Krise auf den Finanzmärkten betrifft uns alle. Daher muss JETZT gehandelt werden! Die Politik muss das globale Finanzcasino endlich schließen! Folder von ATTAC Österreich. In: <http://www.attac.at/uploads/media/FM-Folder.pdf>, 13.01.2009, S. 2.

55 Beat Balzli et al., 2010: Finanzpolitik: Bittere Alternativen. In: DER SPIEGEL, Heft 11, 2010, S. 78- 80.

#### **4. Beschlüsse der Euro-Länder zu Griechenland auf dem Höhepunkt der Schuldenkrise**

Bereits im Februar/März 2010 befand sich Griechenland tief in der Schuldenkrise. Entsprechend wurde im Februar 2010 beschlossen, dass Athen seinen Haushalt unter EU-Kontrolle stellen muss. Zudem wurden massive Sparmaßnahmen verabschiedet, von denen man sich erhoffte, dass sich das Land bis 2012 sanieren könne.<sup>56</sup>

Im Mai 2010 vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder ein Hilfspaket für Griechenland. Im Gegenzug dazu sagte Athen einen harten Konsolidierungskurs zu. Der Regierung in Athen wurden Kredite in Höhe von 110 Milliarden € bereitgestellt, von denen 22,4 Milliarden € durch deutsche Bürgschaften abgesichert sind. Im gleichen Monat traf die Europäische Zentralbank die Entscheidung, griechische Staatsanleihen aufzukaufen. Im Juni 2010 rangen sich die Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder dazu durch, einen europäischen Rettungsschirm zu installieren, der eine Dauer von drei Jahren haben sollte. Für den EFSF-Rettungsschirm, unter dessen Dach sich sogleich Irland und Portugal begaben, wurden von den Euro-Partnern Bürgschaften in Höhe von 440 Milliarden € bereitgestellt.<sup>57</sup>

Im März 2011 beschlossen die Euro-Länder, für den Zeitraum ab 2013 einen neuen Rettungsschirm aufzuspannen, den Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM). Dieser Hilfsfonds wird zusätzlich mit Einlagen, darunter 80 Milliarden € an Barmitteln durch die Staaten, abgesichert. Weiter wurde vereinbart, dass Deutschland ab 2013 fünf Raten in Höhe von insgesamt 22 Milliarden € überweist. Im gleichen Monat wurde beschlossen, dass jene Euro-Länder mit einem AAA-Rating ihre Garantien erhöhen, so dass der gesamte Rettungsfonds nun nicht mehr rund 250 Milliarden €, sondern ca. 500 Milliarden € enthält.<sup>58</sup>

Nachdem sich die Schuldenprobleme Griechenlands und die Euro-Krise verschärften, trafen sich die Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder am 21.07.2011 in Brüssel zu einem Gipfel, um über eine Lösung der Schuldenkrise zu beraten. Auf dem Gipfel wurde ein mehr als 200 Milliarden € umfassendes Rettungspaket verabschiedet. Bestandteile des Rettungspakets waren ein Schuldenerlass, Niedrigzinsen und ein teilweiser Schuldenverzicht der privaten Gläubiger (Banken, Fonds), damit Griechenland aus der Schuldenkrise wieder herauskommt. Dafür wurde sogar in Kauf genommen, dass Griechenland infolge des teilweisen Schuldenverzichts der privaten Gläubiger offiziell nicht mehr als voll zahlungsfähig anerkannt wurde.<sup>59</sup>

Zu den in Brüssel beschlossenen Maßnahmen gehören im Einzelnen:

Dem griechischen Staat werden aus dem Europäischen Rettungsfonds (EFSF) verbilligte Kredite zu einem Zinssatz von 3,5 % zur Verfügung gestellt. Damit sollten Griechenland Hilfen

---

56 Beat Balzli et al., 2010: Kultur des Tricksens. In: DER SPIEGEL, Heft 10, 2010, S. 66- 77.

57 Jan Dams et al., 2011: Zahlmeister Deutschland. In: Welt am Sonntag vom 14.08.2011, S. 25.

58 Ebenda, S. 25.

59 Nikolaus Blome, 2011: Griechenland-Pleite amtlich. In: BILD vom 22.07.2011, S. 2.

bereitgestellt werden, um wieder kurzfristig wirtschaftlich auf die Beine zu kommen und seine Kreditwürdigkeit wieder zu erlangen.

Die Laufzeit von Krediten von 7,5 Jahren wurde auf mindestens 15 Jahre und höchstens 30 Jahre verlängert. Zudem wurde auch die Laufzeit der Kredite, die aus dem ersten Rettungspaket 2010 stammten und über 110 Milliarden € umfassten, verlängert; außerdem wurden die Zinsen der Kredite verringert. Damit umfasst der Gesamtumfang dieser Hilfen rund 109 Milliarden €. Mit der Verlängerung der Laufzeit und der Verringerung der Zinsen verlieren die Gläubiger an Einnahmen, und die Schuldenlast Griechenlands verringert sich.

Allerdings wurden der Schuldenschnitt bzw. der Verzicht der Gläubiger auf Einnahmen nur inkonsequent umgesetzt. Die privaten Gläubiger sollten lediglich auf freiwilliger Basis auf Forderungen aus alten Krediten verzichten – oder diese in neue Kredite umtauschen. Damit bekommen Anleger, die in der Vergangenheit Anleihen erworben haben, nur einen Teil zurück. Der Beitrag der privaten Gläubiger auf dieser Basis zur Rettung Griechenlands beläuft sich bis 2019 auf bis zu 106 Milliarden €. <sup>60</sup>

Weiter wurde beschlossen, dass zukünftig auch der Ankauf von Staatsanleihen von Schuldenstaaten von Banken und Fonds durch den Euro-Rettungsfonds erlaubt ist, um die Krisenanfälligkeit des Euro zu verringern. Jene Banken, die aufgrund der geplanten Beteiligung privater Gläubiger zu kriseln anfangen, sollten durch den EFSF-Rettungsschirm gestützt werden. Der Aufkauf an Staatsanleihen wackeliger Euro-Sünder war zudem nicht an weitere Reform- und Sparmaßnahmen an sie gebunden. <sup>61</sup>

Kritiker sahen mit dem weiteren Ankauf von Staatsanleihen maroder Staaten den Weg von der Währungs- zur Transferunion geebnet. Dabei wird insbesondere auf Artikel 104 des EU-Vertrages, die sog. No-Bailout-Klausel, hingewiesen. Mit dieser Klausel wurde festgelegt, dass kein Euro-Mitgliedsstaat oder die gesamte Union für die Schulden eines anderen haftet. Stattdessen diente der damals neu eingefügte Artikel 104c (heute Artikel 104) des EU-Vertrages der Vermeidung übermäßig öffentlicher Defizite und regelte die Aufgaben der Europäischen Kommission und des Rats, wenn ein solches übermäßiges Defizit besteht oder zu entstehen drohte. <sup>62</sup>

Der wirtschaftsliberale Ökonom *Starbatty*, der bereits 1997 mit drei Kollegen erfolglos gegen die Einführung des Euro klagte, kündigte für diesen Fall bereits eine erneute Klage vor dem Bundesverfassungsgericht an: „*Wenn wir Griechenland jetzt helfen, machen wir ein Fass ohne Boden auf. Dann gerät der Euro in noch weitaus gewaltigere Schwierigkeiten, denn*

---

60 Ebenda, S. 2.

61 Jan Dams et al., 2011: Zahlmeister Deutschland. In: Welt am Sonntag vom 14.08.2011, S. 25.

62 Kristin Pauscher, 2005: Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt und die Stabilität des Euro, Universität Leipzig, Leipzig 2005.

*dann werden auch andere Länder Hilfe erwarten. Aus der Währungsunion wird eine Transferunion. Für diesen Fall werden meine früheren Kollegen und ich erneut eine Klage anstrengen.*“<sup>63</sup>

Das Griechenland-Rettungspaket kann als Kompromiss zwischen den Interessen der Euro-Länder interpretiert werden. Positiv kann hervorgehoben werden, dass nicht nur neue Kreditpakete geschnürt wurden, sondern erstmals mit einem teilweisen Schuldenschnitt auch die Banken und Fonds (wenn auch unzureichend) an der Rettung Griechenlands beteiligt wurden. Vor einem Umbau des Euro-Währungsraumes von einer Währungs- zu einer Schuldenunion schreckten die Gipfel-Teilnehmer zunächst erst einmal zurück. Bundeskanzlerin *Merkel* konnte sich zudem anrechnen lassen, die Einführung von Eurobonds – die vereinfacht gesagt die Wirkung eines gemeinsamen Schuldenkontos mit höheren Zinsen für die wirtschaftlich stärkeren Staaten haben<sup>64</sup> - verhindert zu haben. Bei einer weiteren Verschärfung der Krise wird sich die Einführung von Eurobonds aber nicht nur nicht verhindern lassen, sondern möglicherweise den einzigen Anker für die Rettung des Europäischen Wirtschaftsraums und die Verhinderung einer weltweiten Rezession darstellen.

---

63 Joachim Starbatty, 2011. Zitiert nach: Thomas Tuma/Alexander Jung, 2010: „Fass ohne Boden“, SPIEGEL-Streitgespräch mit den Ökonomen Peter Bofinger und Joachim Starbatty. In: DER SPIEGEL, Heft 12, 2010, S. 24- 26, 26.

64 Uli Baur, 2001: Die Euro-Land-Lebensrettung. Memo des Chefredakteurs. In: FOCUS Magazin, Heft Nr. 30, 2011, S. 3.

## 5. Was ist stattdessen zu tun?

*Schieritz* charakterisiert die Politik, die die EU-Staaten zur Lösung der Euro-Krise verfolgen, wie folgt: „*Aller Voraussicht wird man sich auf einen Kompromiss verständigen: Die Auflagen für die Griechen werden verschärft und durch zusätzliche Privatisierungsvorgaben ergänzt. Das Land erhält neue Hilfskredite, die unter anderem für die Stärkung der griechischen Banken verwendet werden. Die Laufzeiten der griechischen Anleihen werden gestreckt – und die Zentralbank verpflichtet sich, diese Anleihen weiter anzunehmen. Eine ideale Lösung ist das nicht – doch was an ökonomischer Rationalität fehlt, wird durch politische wettgemacht. Alle können sich bei dieser Variante irgendwie als Sieger fühlen: Die Deutschen, weil der Privatsektor beteiligt wird, die Griechen, weil frisches Geld fließt, und die EZB, weil mehr gespart wird. Das ist wohl eine unabdingbare Voraussetzung für eine Rettung.*“<sup>65</sup>

Angesichts der hohen Verschuldung Griechenlands und seiner eingeschränkten Wettbewerbsfähigkeit ist nicht damit zu rechnen, dass Griechenland (z.B. über hohe Wachstumsraten) seine hohe Verschuldung zurückführen kann. Rettungspakete und neue Kredite mögen ein Weg sein, um Griechenland kurzfristig aus seiner Krise zu helfen; langfristig führt an einem Schuldenschnitt, einem Haircut, bei dem die Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen, kein Weg vorbei.

Notwendig ist ein konsequenter Schuldenschnitt, nach dem die Gläubiger pauschal 50 bis 70 % ihrer Forderungen aus ihren Büchern streichen müssen. Griechenland würde keine Anleihen mehr zurückzahlen und keine Zinsen mehr zahlen. Folglich müssten auch Fonds, Versicherungen, Finanzkonzerne und Privatpersonen, die dem griechischen Staat Geld geliehen haben, einen Beitrag zur Entschuldung Griechenlands leisten und milliardenschwere Ausfälle selbst tragen. Bei einer solchen Lösung würde der griechische Staat auf einem Schlag einen Großteil seiner Schulden los wäre, und die Wirtschaft könnte sich wieder entfalten. Allerdings ist kein Schuldenschnitt von 100 % möglich, da bei diesem „Haircut“ griechische und andere europäische Banken mit einer niedrigen Eigenkapitalausstattung in eine Krise stürzen würden. Es ist zutreffend, dass früher ähnliche Probleme über die Abwertung der nationalen Währung gelöst wurden. Ein einfaches Ausscheren von Griechenland aus dem Euro wird abgelehnt, weil damit das gesamte Eurosystem ins Wanken gerät und ein Zerschneiden der Euro-Zone nicht das Ziel einer verantwortungsbewussten Politik sein kann.<sup>66</sup> Damit ist auch die Möglich-

<sup>65</sup> Mark Schieritz, 2011: Finanzkrise: Griechenrettung 2.0. In: DIE ZEIT, in: <http://www.zeit.de/2011/23/Griechenland-Krise-Rettung>, 16.08.2011, S. 3.

<sup>66</sup> Der Austritt Griechenlands aus der Eurozone wäre allenfalls eine Notvariante. Es soll jedoch nicht verschwiegen werden, dass einflussreiche Ökonomen wie der Professor an der Harvard-Universität, *Kenneth Rogoff*, oder der frühere Greenpeace-Chef *Thilo Bode* eine „Euro-Auszeit“ für Griechenland empfehlen. Winand von Petersdorff/Philip Plickert, 2011: „Die Gläubiger Griechenlands sehen von einem Euro Schulden nur 30 Cent wieder“. Interview mit Kenneth Rogoff, Harvard-Professor und ehemaliger Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.09.2011, S. 16; Thilo Bode,



keit abgeschlossen, via Wechselkursmechanismus (Abwertung von Löhnen und Preisen) eine Krise in den Griff zu bekommen, wie es früher möglich war. Dennoch führt an einer inneren Abwertung Griechenlands, an einer Abwertung von Löhnen und Preisen um ca. 20 % bei einem Verbleib im Euroraum kein Weg vorbei, um die griechischen Exporte zu verbilligen und die Wirtschaft Griechenlands wettbewerbsfähiger zu machen. Zwar würde bei einer inneren Abwertung die Schuldenlast Griechenlands weiter ansteigen, weil seine Anleihen weiter auf Euro liefen. Dennoch sollte dies ein gangbarer Weg sein, wenn gleichzeitig der Weg eines Haircuts, einer vollständigen oder teilweisen Entschuldung, konsequent verfolgt wird.

Deutschland muss das einseitige, nur auf Exportüberschüssen basierende Wachstumsmodell erweitern und eine Politik umsetzen, die auch die Binnennachfrage stützt. Folglich müssen die Arbeitnehmer in Deutschland bei der Lohnentwicklung in Zukunft stärker am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beteiligt werden müssen. *Heike Joebges* von der Friedrich-Ebert-Stiftung ist beizupflichten, dass ein Abgehen Deutschlands von seiner strikten Exportorientierung erforderlich ist. Nur wenn Deutschland seine Exportüberschüsse abbaut, können die PICS-Staaten via Nachfrage- und Konjunkturimpulse mit höheren Wachstumsraten ihre hohe Verschuldung zurückführen.<sup>67</sup>

Was die Einführung von Eurobonds betrifft, so führt an ihrer Einführung dann nichts vorbei, wenn sich die Euro-Krise vertieft, um weitere spekulative Attacken der Finanz- und Kapitalmärkte Deutschlands abzuwehren. Die Einführung von Eurobonds ist in Deutschland nicht populär, weil sie zu Lasten der solventen Euro-Länder ginge und Deutschland dann für seine höhere Zinsen an seine Gläubiger zahlen müsste. Zudem würde eine Euro-Anleihe die disziplinierende Wirkung höherer Zinsen für die verschuldeten Länder zerstören.<sup>68</sup> Bei einer Vertiefung der Euro-Krise dürfte man um die Einführung von Eurobonds dennoch nicht herkommen.<sup>69</sup> Dagegen scheidet der Ansatz, die Schuldenprobleme über eine „Inflationierung“ in den Griff zu bekommen, aus, da eine solche Politik nur zu Lasten der kleinen Leute ginge.

Da nicht nur die Staatsverschuldung in der Eurozone gewachsen sei, sondern auch die großen Vermögen, ist eine Vermögensabgabe für die Reichen zu fordern. Konkret sollte der Staat zur Behebung der Finanzkrise eine einmalige Vermögensabgabe zur Abschöpfung der Vermögen

---

2011: Weg mit der Währungsunion! Hoch verschuldete Länder sollen aus der EU austreten. In: taz.de vom 11.08.2011, <http://www.taz.de/!76058/>, 15.10.2011. *Arno Gahrman* weist zudem darauf hin, dass auch ein Dualismus in Griechenland mit dem Euro als Außenwährung und der Drachme als nicht konvertible Zweit- und Regionalwährung möglich wäre. *Arno Gahrman*, 2011: Euro und Drachme. Eine Koexistenz von Euro und Drachme ist möglich. In: taz.de vom 29.09.2011, <http://www.taz.de/!79075/>, 15.10.2011.

67 *Heike Joebges et al.*, 2010: Deutschlands Exportüberschüsse gehen zu Lasten der Beschäftigten, Bonn 2010, S. 5 und 30f.

68 *Malte Fischer et al.*, 2010: Euroland abgebrannt. In: Wirtschaftswoche, Heft 3/2010, S. 18- 23, 22.

69 o.V., 2011: Die gute Transferunion: Alternative Ökonomen fordern mehr Unterstützung für Krisenländer, in: Süddeutsche Zeitung vom 23.02.2011, <http://www.sueddeutsche.de/v5d38H/3922467/Die-gute-Transferunion.html>, 14.10.2011.

der oberen Zehntausend erheben und gleichzeitig einen Teil der Staatsschulden tilgen. Weiter könnte der Staat eine Millionärssteuer in Höhe von 5 % zur Einholung von jährlich 80 Mrd. €  
Zudem sind Maßnahmen gegen die spekulativen Attacken des Finanzsektors gegen einzelne Staaten unumgänglich. Über das Verbot hoch riskanter Finanzgeschäfte, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, das Verbot aller Leerverkäufe<sup>70</sup> und die Stärkung der öffentlichen Bankenaufsicht sollte ohnehin unabhängig von der Griechenland-Krise nachgedacht werden. Eine Bewältigung der Euro-Krise ist ohne eine stärkere Regulierung und Besteuerung des Finanzsektors, der die Krise mit hervorgebracht hat, kaum denkbar.

Sehr sinnvoll ist zudem die gesetzlich zu erzwingende Aufspaltung des bisherigen Universalbankensystems in Geschäfts- und Investmentbanken. Während die Geschäftsbanken das risikoarme Geschäft mit Sparern und Kreditnehmern betreiben würden, blieben die risikobehafteten Finanzmarktgeschäfte im Investmentbankbereich. Mit der Bankenaufspaltung würde man an ein zentrales Element des Glass-Steagall-Gesetzes anknüpfen, das nach der Finanzkrise der 1920er Jahre 1933 in den USA verabschiedet wurde. Die Vorteile der Trennung zwischen einem (Alltags-)Geschäfts- und einem Investmentbankbereich lägen klar auf der Hand: Der Staat wäre nicht mehr dazu gezwungen, die Haftung für Verluste im Investmentbankingbereich zu übernehmen, um das Geld der Sparer auch bei negativen Entwicklungen im Investmentbereich sichern. Auch der Würzburger Finanzwissenschaftler *Ekkehard Wenger* und der SPD-Vorsitzende *Sigmar Gabriel* unterstützen den Vorschlag, das Investmentbanking denjenigen Banken zu überlassen, die mit eigenem Vermögen für die Risiken ihrer Geschäfte haften.<sup>71</sup>

Mittelfristig ist die Auflage eines Marshall-Plans für Griechenland erforderlich. Eine Politik drastischer Sparmaßnahmen und weiterer Privatisierungen muss verhindert werden, damit in Griechenland nicht jegliche Konjunkturimpulse abgewürgt werden und sich nicht die Krise vertieft. Zudem stellen eine europäische Wirtschaftsregierung sowie ein Aufgeben der Lohnzurückhaltung in Deutschland sinnvolle Maßnahmen dar. Letztere könnte zum Abbau der Exportüberschüsse Deutschlands und einer gleichgerichteten Wirtschaftspolitik in den Euro-Staaten führen.

---

70 Im Jahr 2010 wurden in Deutschland bestimmte Formen von Leerverkäufen verboten. o.V., 2011: Verbot von Leerverkäufen: Hedgefonds kritisieren deutsche Maßnahme (19.05.2010). In: <http://www.handelsblatt.com/finanzen/fonds/nachrichten/hedgefonds-kritisieren-deutsche-massnahme/3439942.html>, 06.09.2011.

71 Benedikt Fuest, 2011: Bankenaufspaltung - gut für Staat und Aktionäre. In: <http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/3/0,3672,8358787,00.html>, 25.10.2011.

## Literaturverzeichnis

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 1997: Memorandum '97: Beschäftigungspolitik und gerechte Einkommensverteilung gegen Zerstörung, Bremen 1997.
- ATTAC Österreich, 2009: Die Krise auf den Finanzmärkten betrifft uns alle. Daher muss JETZT gehandelt werden! Die Politik muss das globale Finanzcasino endlich schließen! Folder von ATTAC Österreich. In: <http://www.attac.at/uploads/media/FM-Folder.pdf>, 13.01.2009.
- Balzli, Beat et al., 2010: Kultur des Tricksens. In: DER SPIEGEL, Heft 10, 2010, S. 66- 77.
- Balzli, Beat et al., 2010: Finanzpolitik: Bittere Alternativen. In: DER SPIEGEL, Heft 11, 2010, S. 78- 80.
- Baur, Uli, 2001: Die Euro-Land-Lebensrettung. Memo des Chefredakteurs. In: FOCUS Magazin, Heft Nr. 30, 2011, S. 3.
- Blome, Nikolaus, 2011: Griechenland-Pleite amtlich. In: BILD vom 22.07.2011, S. 2.
- Bode, Thilo, 2011: Hoch verschuldete Länder sollen aus der EU austreten. Weg mit der Währungsunion!, in: taz.de vom 11.08.2011, <http://www.taz.de/!76058/>, 15.10.2011.
- Candeias, Mario, 2011: Wohin treibt der Krisenkapitalismus? Vortrag bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen in Dresden am 16.03.2011.
- Dams, Jan et al., 2011: Zahlmeister Deutschland. In: Welt am Sonntag vom 14.08.2011, S. 25.
- Dieter, Heribert, 2011: Währung: Auszeit vom Euro. Die Rückkehr Griechenlands zur Drachme ist ein Horrorszenario, aber die Alternativen sind noch schlimmer (16.06.2011). In: <http://www.zeit.de/2011/25/Griechenland-Waehrung-Drachme>, 03.08.2011
- DGB-Bundesvorstand, 2011: Zur Krise in der Eurozone: Europa neu justieren, Berlin 2011.
- Dullien, Sebastian, 2010: Ungleichgewichte im Euro-Raum: Akuter Handlungsbedarf auch für Deutschland. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2010.
- Enderlein, Henrik, 2010: Europa und der Euro. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Heft 43/2010, S. 7- 12.
- EU-Kommission, 1997: Herbstgutachten der EU-Kommission, Brüssel 1997.
- EuroMemorandum-Gruppe, 2010: Europa in der Krise: Wie die EU in der Krise versagt – EuroMemorandum 2009/2010, Berlin 2010.
- Fischer, Malte et al., 2010: Euroland abgebrannt. In: Wirtschaftswoche, Heft 3/2010, S. 18-23.
- Flassbeck, Heiner/Horn, Gustav/Dullien, Sebastian, 2011: Europa hat noch eine Chance. In: Financial Times Deutschland, 05.05.2010, S. 24.
- Fuest, Benedikt, 2011: Bankenaufspaltung - gut für Staat und Aktionäre. In: <http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/3/0,3672,8358787,00.html>, 25.10.2011.

- Gahrman, Arno, 2011: Euro und Drachme. Eine Koexistenz von Euro und Drachme ist möglich. In: taz.de vom 29.09.2011, <http://www.taz.de/!79075/>, 15.10.2011.
- Herden, Lutz, 2011: Sarkozys Bankenabgabe war Unfug, Gespräch von Lutz Herden mit dem Ökonomen Rudolf Hickel (26.07.2011). In: <http://www.freitag.de/politik/1129-sarkozys-bankenabgabe-war-unfug>, 10.08.2011.
- Hickel, Rudolf, 2011: Kurzkomentar Eurobonds – Ein Instrument zur Stabilisierung des Eurolandes, Bremen 2011.
- Horn, Gustav Adolf/Zwiener, Rudolf, 1996: Kurskorrektur auf dem Weg nach Maastricht erforderlich. In: DIW-Wochenbericht, Heft 46/1996, S. 737- 743.
- Joebges, Heike et al., 2010: Deutschlands Exportüberschüsse gehen zu Lasten der Beschäftigten. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2010.
- Joebges, Heike, 2010: Exporte um jeden Preis? Zur Diskussion um das deutsche Wachstumsmodell. Analysen der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2010.
- Kaufmann, Stephan, 2011: „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen“. 20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2011.
- Kaufmann, Stephan, 2011: Ein teurer Haarschnitt. Was hilft gegen die hohen Staatsschulden? In: Frankfurter Rundschau vom 15.08.2011, S. 2- 3.
- Liebert, Nicola, 2011: Wie der Euro gerettet werden kann. In: taz vom 23.02.2011, <http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/abschied-von-der-schrumpfpolitik/>, 25.02.2011.
- Liminski, Jürgen, 2011: "Wenn ein Land ein anderes rettet, wird es mit in den Strudel hineingezogen", ifo-Chef Sinn warnt vor dem Hilfsfall Griechenland, Jürgen Liminski im Gespräch mit Hans-Werner Sinn, Dradio.de, 14.06.2011.
- Müller, Mario, 2011: Für eine expansive Finanzpolitik. In: Frankfurter Rundschau vom 22.02.2011, <http://www.fr-online.de/wirtschaft/fuer-eine-expansive-finanzpolitik/-/1472780/721-9948/-/index.html>, 25.02.2011
- o.V., 1997: Europa: Es bricht eine neue Zeit an. In: DER SPIEGEL, Heft 43, 1997, S. 191-192.
- o.V., 1997: Währungsunion: Schaden für Deutschland. In: DER SPIEGEL, Heft 42, 1997, S. 32- 34.
- o.V., 2011: Die gute Transferunion: Alternative Ökonomen fordern mehr Unterstützung für Krisenländer. In: Süddeutsche Zeitung vom 23.02.2011, <http://www.sueddeutsche.de/v5d38-H/3922467/Die-gute-Transferunion.html>, 14.10.2011.
- o.V., 2011: In der Griechenland-Falle. Die griechische Tragödie: fünf Szenarien, was jetzt pas-

sieren kann (20.06.2011). In: FOCUS Magazin, Heft Nr. 25, 2011, [http://www.focus.de/politik/deutschland/in-der-griechenland-falle-die-griechische-tragoedie-fuensfszenarien-was-jetzt-passieren-kann\\_aid\\_638072.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/in-der-griechenland-falle-die-griechische-tragoedie-fuensfszenarien-was-jetzt-passieren-kann_aid_638072.html), 05.08.2011.

o.V., 2011: Tiefere Ursachen der Krise. Makroökonomische Ungleichgewichte in der Euro-Zone. In: FES-Info, Heft 2/2011, S. 3- 4.

o.V., 2011: Ungleichgewichte in Euroland. Keine Wachstumsimpulse wegen fehlender Binnennachfrage. In: FES-Info, Heft 2/2011, S. 5.

o.V., 2011: Verbot von Leerverkäufen: Hedgefonds kritisieren deutsche Maßnahme (19.05.2010). In: <http://www.handelsblatt.com/finanzen/fonds/nachrichten/hedgefonds-kritisieren-deutsche-massnahme/3439942.html>, 06.09.2011.

Pauscher, Kristin, 2005: Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt und die Stabilität des Euro, Universität Leipzig, Leipzig 2005.

Schieritz, Mark, 2011: Finanzkrise: Griechenrettung 2.0. In: DIE ZEIT, in: <http://www.zeit.de/2011/23/Griechenland-Krise-Rettung>, 16.08.2011.

Schlecht, Michael, 2011: Wirtschaftspolitik: Der Aufschwung der Profite! (15.05.2011). In: [http://www.die-linke.de/fileadmin/download/nachrichten/2011/110515\\_schlecht\\_aufschwung\\_profite.pdf?PHPSESSID=72d0edc3b5b43ed40c25da87e062fa73](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/nachrichten/2011/110515_schlecht_aufschwung_profite.pdf?PHPSESSID=72d0edc3b5b43ed40c25da87e062fa73), 06.09.2011.

Schultz, Stefan, 2011: Wege aus der Griechen-Krise: Aufpäppeln, umschulden, aussperren. In: SPIEGEL online vom 17.04.2011, in: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,6911-99,00.html>, 03.08.2011.

Sinn, Hans-Werner, 2010: Euro-Krise, ifo-Schnelldienst (Sonderausgabe), herausgegeben vom Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, 63. Jg., Heft 10 vom 20.05.2010.

Sinn, Hans-Werner/Carstensen, Kai, 2010: Ein Krisenmechanismus für die Eurozone. ifo-Schnelldienst (Sonderausgabe), herausgegeben vom Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, 63. Jg., Heft 10 vom 23.11.2010.

Stocker, Ferry, 1997: Der Euro. Kritischer Dialog. Das Für und Wider. Die Europäische Währungsunion und die Grundbegriffe zur Europäischen Währungsunion, München 1997.

Thie, Hans 2011: Ist der Euro noch zu retten, Herr Lafontaine? Interview mit dem früheren Bundesfinanzminister. In: clara, Magazin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, Heft 19/2011, S. 11.

Tuma, Thomas/Jung, Alexander, 2010: „Fass ohne Boden“, SPIEGEL-Streitgespräch mit den Ökonomen Peter Bofinger und Joachim Starbatty. In: DER SPIEGEL, Heft 12, 2010, S. 24-26.

von der Hagen, Albrecht, 2011: „Alternative Wirtschaftspolitik“ würde Deutschland und Eu-

ropa massiv schwächen. Wer über seine Verhältnisse lebt, muss mal anfangen zu sparen, Presseerklärung von Albrecht von Hagen, Hauptgeschäftsführer von DIE FAMILIENUNTERNEHMER (22.02.2011). In: <http://www.verbaende.com/News.php4?m=75316>, 24.05.2011.

von Petersdorff, Winand/Plickert, Philip, 2011: „Die Gläubiger Griechenlands sehen von einem Euro Schulden nur 30 Cent wieder“. Interview mit Kenneth Rogoff, Harvard-Professor und ehemaliger Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.09.2011, S. 16

Willnow, Andreas, 2009: Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 - Hintergründe und Lösungsansätze, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Leipzig, Mai 2009. In: [http://www.sachsen.rosalux.de/fileadmin/ls\\_sachsen/dokumente/finanzkrise.pdf](http://www.sachsen.rosalux.de/fileadmin/ls_sachsen/dokumente/finanzkrise.pdf), 08.09.2010.